

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inerate werden nur gegen  
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 15. September 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert** sind: Münster: Plaz Moseder. Köln: Dombau.  
Rothenburg a. d. Tauber: Die Eckhardschen Betriebe.  
Bauzen: Firma Zenker. Kaiserslautern: Plaz Helfrich.  
Unsen: Firma Mensing. Schmalkalden: Plaz Kellermann.  
Kenzingen: Plaz Diefenbacher. Mainz: Plaz Zehrlaut  
(Kunststeinfabrik), weil Kollegen auf Grund der schwarzen  
Liste nicht eingestellt resp. entlassen wurden. Wenig-  
Radwitz: Plaz Neumann und Schubert in Kesselsdorf,  
Schlesien. Mannheim: Firma Schmüller für Marmor-  
arbeiter. Neuenheim: Firma Geprägs.

**Mainz.** Streik dauert fort.

**Würzburg.** Der Streik im Kalksteingebiet von Würzburg und  
Umgebung dauert unverändert fort. Die Unternehmer ver-  
suchten in letzter Woche im Maintal die Kollegen auf mehreren  
Sandstein-Werkplätzen unter Androhung von sofortiger Ent-  
lassung zu bewegen, Kalksteine zu verfertigen. Die be-  
treffenden Kollegen haben dies jedoch zurückgewiesen. Kollegen  
meidet deshalb, solange dieser Kampf nicht beendet ist, das  
ganze Maintal.

**Amorbach.** Bei der Firma Hüttig (rotter Sandstein) dauert  
der Streik unverändert fort.

**Nürnberg.** Die Aussperrung im Baugewerbe dauert fort,  
teilweise werden dadurch auch die Steinmetzen getroffen.

**Krefeld.** Die Steinmetzen befinden sich im Streik, weil der  
eingereichte Tarif nicht anerkannt und jede Verhandlung ab-  
gelehnt wurde.

**Rippersdorf (Reuß).** Im Granitwerk der Firma Bornschein  
und Stirnagl, Drahtwerk bei Würzbach, sind die Kollegen  
ausgesperrt, weil sie die Arbeit zu den diktirten Löhnen ver-  
weigerten. Der Betrieb ist deshalb zu meiden.

**Düsseldorf.** Streik der Sandsteinmetzen erfolgreich beendet.  
(Siehe Artikel).

**Eberfeld-Barmen.** Nach dreitägigem Streik wurde mit der  
Firma Slang ein Tarif abgeschlossen, welcher unter anderem  
eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pfg.  
vorsieht.

**Dürkheim.** Die Sperre über Plaz Fideisen ist aufgehoben.  
Die dort Beschäftigten haben sich der Organisation angeschlossen.

## Eine fühlbare Lücke.

Von den drei Versicherungsformen unserer sozial-  
politischen Gesetzgebung im Reiche darf die Invaliden-  
versicherung, welcher sich die Altersversicherung nur  
bescheiden angliedert, eine ziemlich Bedeutung be-  
anspruchern. Ist sie ja die letzte Hoffnung aller derer, die,  
wenn sie schon das Alter des biblischen Psalmisten und  
damit die Altersrente nicht zu erleben hoffen, doch wenig-  
stens wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit und wenn sie  
nicht mehr ein Drittel des bisherigen Arbeitsverdienstes  
zu erwerben imstande sind, als Invalidenrentner ihr Leben  
beschließen wollen.

Wie jämmerlich gering auch diese Rente ausfällt, so  
bildet sie doch für den völlig unbemittelten und erwerbs-  
unfähigen Menschen einen kleinen Grundstock von Ein-  
kommen, zu dem sich hier und da kleine Nebeneinnahmen  
gesellen. Oft genug bildet diese Kammerrente allerdings  
die einzige Einnahmequelle und der Umstand, daß er die  
Rente auf Grund eines Rechtstitels genießt, vermag den  
Ärmsten nicht über den Charakter eines gewöhnlichen Al-  
mosens hinwegzusetzen. Daß der Reichszuzuschuß zur ge-  
währten Rente, der 50 Mk. beträgt, nicht wenigstens  
doppelt so groß ist, wodurch sich die Invaliden- oder Alters-  
rente nicht unbedeutend erhöhen würde, gehört zu jenen  
traurigen Tatsachen in unserem Militär- und Kolonial-  
erobersreiche, die sich so lange nicht ändern werden, als  
nicht mit dem System der Ausgaben wie der Einnahmen  
gebrochen wird und die Sozialdemokratie im Reichstage  
einen ausschlaggebenden Einfluß gewinnt. Auch daß die  
Kasseneinrichtung der Invalidenversicherung eine höhere  
Leistung als ein Drittel des jährlichen Arbeitsverdienstes,  
statt etwa der Hälfte, nicht vorsieht, ist schon zum Ueber-  
druß breitgetreten worden, wir wollen deshalb lediglich  
der Ergänzung wegen hier daran nochmals erinnern. Der  
Ausbau unserer gesamten Sozialgesetzgebung ist, — dar-  
über ist kein Zweifel —, schon seit einigen Jahren über  
der Marine- und Welt- und Kolonialpolitik, welche  
Milliarden verschlingen, ins Stocken geraten und just  
der Kolonialsumpf mit Major Fischer, Lippelskirch, Jesko  
v. Puttkamer u. a., sowie der geld- und menschenmordende  
Hererokrieg beweisen uns, daß die Tendenz der Regierung  
und herrschenden Parteien im Reichstage nach einer fernab  
von der Pflege der Arbeiterinteressen liegenden Sphäre  
gegangen ist, daß die Arbeiterklasse dagegen als Steuer-  
zahler und Träger der Zölle in bisher noch nie da-  
gehabener Weise zur Deckung auch dieser Ungeheuerlich-  
keiten des Militär- und Kolonialstaates mit herangezogen  
wird. Von welcher Geringfügigkeit die Zahlungen an  
Invalidentats- und Altersrenten (einschließlich der nach  
§ 16 des revidierten Invalidentatsgesetzes eingeführten  
Krankenrenten) im Vergleich zu den Gewiderten von Mil-

litionen für Militär-, Marine- und kolonialkriegerische  
Zwecke sind, ergeben schon folgende Zahlen. Die Gesamt-  
renten in dieser Versicherungsart betragen im Jahre:

1903 . . . 117 147 657 Mark  
1904 . . . 128 849 097 "

welche sich aus

	Anteil der Versch.- Anstalt usw.	Anteil des Reichs Reichszuzuschuß
1903 . . .	75 293 301 Mark	41 782 838 Mark
1904 . . .	88 578 871 "	45 125 431 "

zusammenzulegen. Lächerlich geringfügig nannten wir die  
vom Reiche gewährten Zuzuschüsse. Das sind sie in  
der Tat allein schon angesichts des für 1906 vom Reichs-  
tage verabschiedeten Haushalts für die Schutzgebiete —  
also unfres Kolonial-Panama! — in Höhe von  
127 664 929 Mk.; vom Militär- und Marineetat, welche ja  
über eine Milliarde erfordern, gänzlich hier abzusehen.  
Um hier kurz einen Ueberblick über die Arbeiter-  
renten für 1904, für welche obige 128 849 097 Mk.  
Ausgaben ausgeworfen sind, zu geben, so teilen wir aus  
den Reichstagsakten mit, daß festgesetzt wurden 1904:

Invalidentrenten . . . . .	140 092
Krankenrenten . . . . .	10 449
Altersrenten . . . . .	11 936
Beitragsrückstellungen bei Heiratsfällen . . . . .	154 387
" " Unfällen . . . . .	855
" " Todesfällen . . . . .	32 523

Also zirka 172 000 Rentenempfänger aus Arbeiter-  
kreisen kamen im genannten Jahre für die Invaliden- und  
Altersversicherung in Frage. Und zur Ermöglichung der  
bescheidenen Rentenzahlungen tragen die Arbeiter noch zu  
einem guten Teile durch direkte Beiträge selber bei.  
Indirekt dagegen durch ihre Steuern, die das Reich  
in Form von Matrikularbeiträgen von den Einzelstaaten  
kassiert, mittelbar ferner durch ihren Anteil am Tragen  
der Eingangszölle für Lebens- und Genußmittel,  
da das Reich nicht vom Himmel lebt, sondern — wie ja  
jeden der Abschluß der Reichsfinanzreform wiederum ge-  
zeigt hat — das Geld dort nimmt, wo es welches findet.

Die Renten für Invalidentät und Alter würden aller-  
dings höher sein, wenn nicht durch eigene Schuld der  
Arbeiter (unterlassene Fortsetzung der Versicherung, un-  
genügendes Markenkleben, Aufhebung der Versicherung  
durch Arbeiterinnen im Falle der Verheiratung usw.),  
sowie durch Schuld der Unternehmer, welche  
das Markenkleben unterlassen, obgleich sie die Versiche-  
rungsbeiträge in Abzug gebracht haben, zahlreiche An-  
sprüche der Arbeiter und Arbeiterinnen auf Rente ver-  
loren gingen. Soweit die Schuld daran die Arbeiter  
selbst tragen, ist ihnen nicht zu helfen, außer der Belehrung,  
soweit die Schuld dagegen auf Seiten der Unter-  
nehmer liegt, fehlt es leider noch an einer ergänzenden  
Bestimmung im Gesetz, welche den Anspruch auf Rente  
statuiert, obgleich der Unternehmer das Markenkleben  
unterlassen und dadurch den Anspruch des Arbeiters ge-  
fährdet hat.

In dieser Beziehung ist die Zwangsversicherung für  
Invalidentät und Alter schlechter gestellt, als die gegen  
Krankheit und Unfall. Bei der Krankenversiche-  
rung wird nämlich die Unterstützung gezahlt, auch wenn  
die Anmeldung unterblieben ist. Dafür können  
dann die Krankenkassen den Arbeitgeber (Unternehmer)  
für die fahrlässige oder vorsätzliche Unterlassung der An-  
meldung regreßpflichtig machen.

Ebenso ist in der Unfallversicherung nach dieser  
Richtung gefordert. Lediglich die Invalidenversiche-  
rung läßt die Versicherung erst gelten,  
wenn die erforderlichen Marken beigebracht  
sind. Da der Arbeitgeber nicht regreßpflichtig gemacht  
werden kann, so wird unter Umständen der Zweck der In-  
validenversicherung und ebenso der Altersversicherung dem  
Arbeiter in Tagen der Not und des Alters eine Rente  
zu sichern, vereitelt.

Das Reichsgericht hat bisher, im Gegensatz zu  
anderen erkennenden Gerichten, zuletzt am 10. April 1905  
dahin entschieden, daß der Arbeitgeber bei Unterlassung  
des Markenklebens zur Invalidenversicherung zu einer  
Schadenersatzpflicht nicht herangezogen werden  
kann. In dem angezogenen Urteil hat es sich obendrein  
um eine preussische Behörde gehandelt, welche es unter-  
lassen hatte, die Marken für ihre Angestellten zu ver-  
wenden.

Gegen diese Urteile des deutschen Höchstgerichts hatten  
sich nicht nur in früheren Reichstagen, sondern auch in der  
letzten Tagung zahlreiche Petitionen gewendet, welche  
forderten:

„Der Reichstag wolle in das Invaliden- und Alters-  
versicherungsgesetz einen Paragraphen einfügen, wonach  
jene Arbeitgeber, welche vorsätzlich oder fahrlässig es  
unterlassen haben, für ihre Arbeitnehmer Marken bei-  
zubringen, auf zivilrechtlichem Wege zur Zah-  
lung der Rente, deren Gewährung durch ihre Schuld  
unterbleibt, herangezogen werden können.“

Eine andere Petition des Verbandes der Gastwirts-  
gehilfen Deutschlands beantragte:

„daß die Invaliden- und Altersrente dem Versiche-  
ren in besonderen auch dann zu gewähren sei, wenn  
der Arbeitgeber Marken zu kleben unterlassen oder

den Umtausch veräußert hat, der Versicherte  
aber den Nachweis führt, daß er in versiche-  
rungspflichtiger Beschäftigung tätig gewesen ist.“

In diesen Petitionen hieß es zur Begründung überein-  
stimmend, daß der Arbeiter meist nicht in der Lage sei, den  
Arbeitgeber zu kontrollieren, oder als der wirtschaftlich  
schwächere Teil, einen Einfluß diesbezüglich auszuüben.  
Wenn aber auch der Arbeiter später erfahre, daß für ihn  
nicht geklebt sei, so könne er, falls zwei Jahre nach  
Fälligkeit der Marken verfloßen sind, diese Marken selbst  
nicht mehr nachleben. So könne die Anwartschaft des Ar-  
beiters durch die Nachlässigkeit des Arbeitgebers verloren  
gehen, ohne daß der Arbeiter den Arbeitgeber nach der letz-  
ten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes haftbar machen  
könne.

Die Sozialdemokraten haben diese Angelegenheit, zu-  
letzt in der Sitzung des Reichstags vom 17. Februar d. J.  
durch den Abgeordneten Körsten zur Sprache gebracht.  
In Antwort darauf führte Graf v. Posadowsky jedoch aus,  
daß das Reichsgericht zwar den Grundsatz aufgestellt habe,  
daß die Verpflichtung des Arbeitgebers zur  
Beschaffung der Marken für seine Arbeiter eine öffent-  
lich-rechtliche dem Staat gegenüber, nicht aber  
eine privatrechtliche dem Arbeiter gegenüber  
sei, und daß daher ein Schadenersatzanspruch des Arbeiters  
wegen Nichtbefolgung dieser Marken gegen den Arbeit-  
geber auf das Invalidenversicherungsgesetz selbst mit Er-  
folg nicht begründet werden könne. Wenn aber jedoch die  
Verpflichtung des Arbeitgebers auf öffentlich-rechtlicher  
Grundlage beruhe, so sei hierdurch nicht ausge-  
schlossen, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter wegen  
Nichtverwendung von Versicherungsmarken und wegen des  
dadurch herbeigeführten Verlustes seines Anspruchs auf  
Invalidentrente schadenersatzpflichtig sei, wenn  
die Schadenersatzpflicht sich aus dem bürgerlichen  
Rechte ergibt. Eine Entscheidung des Reichsgerichts sei  
jedoch auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs  
— und da würde § 823 betreffs der Schadenersatzpflicht in  
Frage kommen — bisher noch nicht erfolgt, die  
getroffenen Entscheidungen seien bisher nur ergangen auf  
dem Boden des gemeinen Rechts, des allgemeinen preußi-  
schen Landrechts und des code civil. Man müsse also,  
ehe man überhaupt an eine Aenderung in der Gesetzgebung  
denkt, erst abwarten, welche Entscheidung das Reichs-  
gericht auf Grund des § 823 des bürgerlichen Gesetzbuchs  
treffen werde.

Am 28. März d. J. beschäftigten nun die erwähnten,  
ca. 30 Petitionen die Petitionskommission des Reichstags.  
Dasselbst gab der Regierungsvertreter, Geh. Ober-Reg.-  
Rat Dr. Kaufmann, die Erklärung ab, daß das Reichs-  
gericht in seinem Urteil vom 4. April 1905 ausdrücklich  
anerkannt habe, was der Staatssekretär Graf v. Posad-  
owsky in der Reichstagsitzung vom 17. Februar d. J.  
bereits ausgeführt habe. Einzelne Oberlandesgerichte  
hätten inzwischen die Regreßpflicht des Arbeitgebers aus  
§ 823 des bürgerlichen Gesetzbuchs anerkannt und  
dabei auch die Vorschriften in § 254 desselben Gesetzes  
wegen mitwirkenden Verschuldens des Arbeit-  
nehmers für zutreffend erachtet. Das Reichsgericht aber  
habe eine Entscheidung auf Grund des bürgerlichen Geset-  
buchs noch nicht getroffen; die Fälle, die es bisher  
auf Grund anderer bisheriger Rechte entschieden habe,  
hätten nur Schadenersatzansprüche auf Grund von Ver-  
fehlungen der Arbeitgeber aus der Zeit vor dem  
1. Januar 1900 — dem Tage des Inkrafttretens des  
neuen bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich —  
betreffen.

In der Petitionskommission war man darüber einig,  
daß der Mißstand, den Verlust von Rechtsansprüchen der  
Arbeiter durch die Schuld der Unternehmer betreffend, je-  
her, je besser beseitigt werden müsse. Nur über die Wege  
dazu ging man auseinander. Von einer Seite wurde ge-  
wünscht, daß die größere Zahl der Petitionen, welche  
zivilrechtliche Haftbarkeit der Unternehmer verlan-  
gen, berücksichtigt werden solle. Demgegenüber wurde die  
Ansicht vertreten, daß dem Arbeiter mit der zivilrechtlichen  
Haftbarkeit des Arbeitgebers absolut nicht geholfen sei.  
Nur in den seltensten Fällen würde der Arbeiter in der  
Lage sein, einen Prozeß anzustrengen, der sich zudem  
jahrelang hinziehen könnte. Das wichtigste sei,  
daß in dem Invalidenversicherungsgesetz zweifelsfrei zum  
Ausdruck komme, daß die Ansprüche des Arbeiters unter  
allen Umständen für die Zeit der versicherung-  
spflichtigen Beschäftigung der Versicherungs-  
anstalt gegenüber gewahrt bleiben. Man könne  
dem Arbeiter nicht entgelten lassen, was der Arbeitgeber  
fahrlässig oder vorsätzlich vernachlässigt habe.

Andererseits sei die zivilrechtliche Haftung auch eine  
Gärte für die Arbeitgeber. Die meisten Verschuldnisse des  
Markenklebens kämen bei kleinen Unternehmern,  
Sandwerkern, Landwirten usw. vor. Hier sei  
es meist nicht Bösartigkeit oder Vorsatz, als vielmehr eine  
allerdings strafliche Fahrlässigkeit, welche dazu  
führte. Einen solchen kleinen Unternehmer zivilrechtlich  
haftbar zu machen, sei hart. In den meisten Fällen  
würde derselbe nicht imstande sein, eine Rente oder eine  
größere Abfindungsumme zu zahlen und der  
Arbeiter habe dann das Nachsehen. Über aber die Renten-

zahlung drückte den Mann so sehr, daß er wirtschaftlich ruiniert wurde.

Der gangbarste Weg sei deshalb der, welchen die eine Petition vorschlägt, nach welchem der Arbeitgeber für die Veräußerung des Markenklebens eine erhebliche Bestrafung erfahre, aber im übrigen die Rechtsansprüche des Arbeiters der Versicherungsanstalt gegenüber aufrecht erhalten bleiben.

Diesen Erwägungen hat sich die Petitionskommission im wesentlichen angeschlossen und hat die letzterwähnte Petition (Nr. 443) dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen beschlossen.

Das Plenum des Reichstags ist bei der Kürze der Zeit, die zwischen dem Beschlusse der Petitionskommission und der Drucklegung ihres Berichts und andererseits der Vertagung des Reichstags bestand — fünf Tage! — nicht mehr zur Verhandlung über diese wie über zahlreiche andere Petitionen gelangt, es wird sich im Herbst jedoch damit befassen müssen und wird ohne Zweifel diesem Beschlusse der Kommission beitreten.

Dann würde die für so viele nicht mehr arbeitsfähige, doch ohne ihr Verschulden mit ihren Entschädigungsansprüchen auf Invaliden- oder Altersrente abgewiesene Arbeiter hochwichtige Frage in Wälde ihre Erledigung finden. Inzwischen mögen Arbeiter, die in der hier eingehend berührten Frage ohne ihr Verschulden Leiden der Teil sind, gegen den schuldigen Arbeitgeber auf Grund von § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs klageweise vorgehen.

## Verwaltungsberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Elsaß-Lothringen 1905.

### Untere Elsaß.

Im allgemeinen berichtet der Aufsichtsbeamte, S. Bogner, Gewerbeinspektor, daß sich die guten Beziehungen des Amtes zu den Arbeitgebern und Arbeitern einer besten Weiterentwicklung zu erfreuen haben.

Die häufigen, in den verschiedensten Gebieten der sozialen Fürsorge sich bewegenden Anfragen der Arbeitgeber und Arbeiter bringen das wachsende Vertrauen beider Teile zur Gewerbeaufsicht zum Ausdruck. Von 35 Anlagen für Steinbrüche und Steinhauereien wurden 12 Anlagen 13mal revidiert. Es sind dies Betriebe, welche nicht zu den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen zählen, für welche jedoch der Bundesrat gemäß § 120e der Gewerbeordnung bestimmte Vorschriften erlassen hat.

In Steinhauereien und Steinbrüchen, die der Fabrikinspektion unterstellt sind, waren beschäftigt überhaupt: 3453 in 484 Betrieben. Erwachsene, männlich, 3308; junge Leute von 14—16 Jahren 131, davon 4 weibliche; Arbeiterinnen von 16—21 Jahren 7; über 21 Jahre ebenfalls 7. Von diesen 484 Betrieben wurden nur 56 revidiert mit insgesamt 814 Arbeitern.

Wie ein Sohn auf die gesetzlichen Vorschriften liest es sich, daß auch 276 Neubauten revidiert wurden. Es muß ja immer wieder darauf hingewiesen werden, daß gerade städtische Neubauten ohne Gerüst aufgeführt werden. Ständig müssen die Steinarbeiter bei den Behörden Beschwerden deshalb einreichen, weil die Steinarbeiter ganze Bauten im Freien herstellen. Im „allgemeinen“ zur Arbeiterschaft heißt es: Die Gesamtzahl der Jugendlichen hat gegen das Vorjahr eine schwache Zunahme erfahren. Im übrigen ist die Neigung der Arbeitgeber zur Einstellung jugendlicher Personen mit Rücksicht auf die gesetzlichen Einschränkungen und „Unbequemlichkeiten“ in stetem Sinken begriffen, also eine schwache Zunahme und ein stetiges Sinken zu gleicher Zeit! Das kommt dem Herrn Gewerbeinspektor wohl selbst wunderbar vor.

Von den ermittelten Verfehlungen bezüglich des „Schutzes“ der Jugendlichen ist folgendes zu berichten: In vier Ziegeleien wurden wiederum Kinder im Alter von 7—12 Jahren mit dem Wegtragen und Aufsetzen der von ihren Eltern geformten Steine beschäftigt. Die Arbeitgeber erklärten sich dem Gebaren der Eltern dieser Kinder gegenüber machtlos. (??) Ein Ziegeleibesitzer suchte sich damit zu entschuldigen, daß auch der Junge des Bürgermeisters in seiner Ziegelei sich mit „Vorliebe“ bei dieser Arbeit beschäftige. Hier Vorliebe, dort die Not! Nicht organisiert und daher erbärmliche Löhne. Von einer Bestrafung dieser Ziegeleibesitzer liest man nichts!

In zwei Steinbrüchen wurden drei neunjährige Knaben nach der Schule mit Steinklopfen beschäftigt. In einem Steinbruch arbeitet ein Knabe von 13 Jahren täglich 11 Stunden, ohne Vor- und Nachmittagspause. Auch hier liest man nichts von Bestrafung dieser Arbeitgeber. Mehrere Bäcker, Metzger und Wirte wurden wohl bis zu 30 Mk. Strafe verurteilt wegen Verfehlung gegen die gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Arbeiter.

Zum Kapitel „Erwachsene Arbeiterinnen“ ist bemerkenswert, daß zwei Fabriken die eingeführte Beschäftigung von galizischen Arbeiterinnen freiwillig wieder aufgegeben haben, trotz anhaltendem Mangel an einheimischen Arbeiterinnen, und eine Fabrik 50 eingestellte Galizierinnen wieder entließ, weil bei weiterer Beschäftigung die einheimischen Arbeiter mit dem Streik drohten.

Das im vorjährigen Bericht erwähnte Vorgehen eines Wäschefabrikanten, welcher im voraus für das laufende Jahre alle Vorabende von Sonn- und Feiertagen als Ueberarbeitstage festsetzte, hat nunmehr auch in einer großen Anzahl von Kleiderkonfektionswerkstätten Nachahmung gefunden, ohne daß hiergegen eingegriffen werden könnte! Da wäre es doch das einfachste, man gäbe diesen Leuten keine Erlaubnis mehr zur Ueberarbeit!

Betreffs „Verkürzung der Arbeitszeit“ ist bemerkenswert, daß ein Betrieb mit 150 Mann die Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden verkürzte. Im Hinblick auf die gemachten guten Erfahrungen soll der Uebergang zum Achtstundentag im Auge behalten werden. Achtstündige Arbeitszeit, ohne Verminderung des Tageseinkommens, hat die Straßburger Volksdruckerei der Firma Paul Singer eingeführt und damit vorzügliche Erfahrungen gemacht.

Zu häufigen Beanstandungen und Bestrafungen gab wiederum die Nichtbeachtung der Vorschriften der Arbeitsbezugs- und Ruhezeiten auch in Steinbrüchen und Steinhauereien Anlaß. Das Fehlen der vorgeschriebenen Verzeichnisse bezw. Aushänge mußte gleichfalls wiederum auch in mehreren Steinbrüchen beanstandet

werden. Drei Gesuche von verschiedenen Steinbruchbesitzern um Gestattung von Sonntagsarbeit mußten abschlägig beschieden werden, da eine genügende Begründung nicht angegeben war. Wegen der Auszahlung des Lohnes in einer Wirtschaft wurde ein Steinhauer- und Arbeiter mit 5 Mk. bestraft. In mehreren Betrieben wurde auch wegen Kündigung, Lohninbehaltung und Arbeitsordnungen gefehlt. Ob auch in der Steinindustrie, ist nicht angegeben, da überhaupt kein Betrieb genannt ist. Sehr günstige Bedingungen für ihre Arbeiter hat betreffs des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Straßburger Volksdruckerei (Paul Singer). Die Beschäftigten erhalten bei einer militärischen Übung bis zu 14 Tagen zwei Drittel ihres Lohnes, wenn sie verheiratet sind oder Familienangehörige zu ernähren haben.

Ueber verschiedene Streiks berichtet der Bericht lakonisch: Zur Erlangung besserer Arbeits- und Ernährungsverhältnisse traten im Laufe des Jahres in Straßburg die Schneider, Steinarbeiter, Maler und Anstreicher insgesamt, und in einer Sattlerwarenfabrik die Sattler teilweise in den Ausstand. Kein Wort liest man über den Ausgang derselben und über die abgeschlossenen Tarifverträge. Nur bei einem verlorenen Streik hält sich der Bericht länger auf.

Im allgemeinen haben die Streikenden sehr günstig abgeschnitten; aber das darf in einem preußischen, pardon reichsländischen Bericht nicht zum Ausdruck gebracht werden. Ebenfalls hüllt sich der Bericht in tiefes Schweigen, wie die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zugenommen haben. In dieser Bewegung könnte man ja erwarten, daß die reichsländischen Arbeiter nicht mehr, wie früher, gewillt sind, sich allen Schikanen der Unternehmer schonungslos zu unterwerfen. Im Bericht finden wir nur eine echt bürokratische Darstellung alles dessen, was geeignet erscheint, die soziale Lage der Arbeiter in einem sehr günstigen Lichte darzustellen. Man sollte meinen, die kontrollierenden Beamten müßten die gewonnenen krassen Eindrücke in den Fabriken, auf den Arbeitsplätzen usw. wiedergeben. Nein, nichts von alledem, sondern wir finden eine äußerst dürftige Zusammenstellung, die die gesetzlichen Verstöße der Unternehmer gegen die Arbeiterschutzbestimmungen nur allzu stark verdecken. Wir haben auch für die Zukunft kein Vertrauen, einen andern Bericht zu bekommen.

Straßburg.

J. K.

## Partei und Gewerkschaft.

c. w. Entgegen dem Wunsche der Gewerkschaftsvorstände und der Generalkommission hat der Parteivorstand das Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, über den Punkt Partei und Gewerkschaft, veröffentlicht. Obwohl die Generalkommission in ihrer Replik ohne weiteres zugibt, daß in dem Protokoll nichts enthalten sei, was der Öffentlichkeit vorenthalten werden müsse, ist sie doch über die Veröffentlichung sehr erbost. Ich kann dieses durchaus nicht verstehen. Durch die Indiskretion der Einzigkeit war schon so manches durchgedrungen, was die bürgerliche Presse mit Wohlbehagen aufschnappte, noch etwas hinzu dichtete und dann ihren Lesern als die Tatsachen über die „Maffentreibblamage“ vorsetzte. Durch die Veröffentlichung ist nun aber der Beweis erbracht, daß hinter den „Kuliszen“ kein anderer Ton angeschlagen wurde, wie dieses in der Öffentlichkeit an anderer Stelle von denselben Personen bereits beliebt wurde. Allerdings fühlten sich einige Gewerkschaftsführer berufen, den sogenannten „Radikalen“ eins auszuwichen.

Die hauptsächlichste Frage war wohl die des politischen Maffentreibs. Hierzu äußerten einige Gewerkschaftsführer, daß zwischen der Kölner und der Jenaer Resolution kein wesentlicher Unterschied bestehe. Dieser Satz wurde auch auf verschiedenen Verbandstagen betont. Ja, man ging noch weiter, man sagte, der Sinn beider Resolutionen sei derselbe, nur die Fassung der Kölner Resolution sei keine glückliche. Es wird also ungefähr so hingestellt, als habe man eigentlich dasselbe sagen wollen. Dieser Ansicht kam ich mich nicht anschließen. Unter den wenigen Stimmen, welche auf dem Jenaer Parteitag gegen die Bebel'sche Resolution waren, befanden sich auch die anwesenden Mitglieder der Generalkommission. Wäre also ein Unterschied zwischen beiden Resolutionen nicht gewesen, dann hätten dieselben auch keine Ursache gehabt, gegen die Resolution zu stimmen. Ich befinde mich also mit meiner Annahme in ganz guter Gesellschaft.

Genosse Bömelburg vertrat die Ansicht, daß es ein Segen für die Arbeiterbewegung sei, daß der Kölner Gewerkschaftskongreß zu dieser Frage Stellung genommen habe, und erklärt hieraus, daß man in Jena keine weitgehenderen Beschlüsse gefaßt habe. Man habe sich gesagt, die Gewerkschaften bilden einen Faktor in der Arbeiterbewegung, den man respektieren müsse. Obgleich ich bezweifle, daß Bebel sich durch den Kölner Beschluß hat beeinflussen lassen, finde ich es doch nicht zweckmäßig, daß die Gewerkschaften der Partei in dieser Frage vorgehen.

Nun hat sich kürzlich das Kieler Gewerkschaftskartell mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es notwendig ist, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß einzuberufen. Ich kann mich dem Kieler Kartell durchaus anschließen, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen ist, eine Verständigung zwischen den Gewerkschaften und der Partei in dieser Frage herbeizuführen und den Zwitterbeschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses aufzuheben. (In Mannheim wird durch eine gründliche Aussprache die vorhandene Mißstimmung zwischen Partei und Gewerkschaft sicherlich beseitigt. Die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses halten wir für überflüssig. Red.)

Auf eine weitere Frage: Wie sollen die Gewerkschaftsmitglieder errogen werden? will ich kurz eingehen. Mit dieser Frage ist die Haltung der Gewerkschaftspresse eng verbunden. Die Auflage derselben ist eine sehr stattliche und dadurch hat sie einen sehr großen Einfluß. In Eden und Winkeln, wo man sonst von der Sozialdemokratie die größten Räuberpistolen verbreitet, und außer Kreisblättern, Bibel und Katechismus den Arbeitern Druckfachen nicht zur Verfügung stehen, dort kommt die Gewerkschafts- presse hin. Durch diese ungeheure Verbreitung hat sie aber auch einen gewaltigen Einfluß auf die Arbeitererschaft. Ist es da nicht Sünde, wenn die Gewerkschafts- presse auf das Haupt der Partei jammet? Ist es nicht notwendig, daß die Gewerkschaftsblätter ihren Einfluß geltend

machen und der Parteipresse hilfreich zur Seite springen? Es ist also eine dringende Notwendigkeit, daß die Gewerkschafts- presse die Arbeitererschaft auf die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, wie auch auf das Endziel der Sozialdemokratie, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, hinweist; vor allen Dingen aber auch die Arbeitererschaft auf die Mittel aufmerksam macht, welche sie zur Erreichung dieses Ziels anzuwenden hat. Wenn die Gewerkschafts- presse aber der Partei Knüttel zwischen die Beine wirft, dann muß sich notwendigerweise eine Antipathie gegen die Partei entwickeln. Deshalb ist es mir auch unverständlich, wie Bömelburg auf der Konferenz ausführte: „Wenn z. B. Staudinger im Steinarbeiter sich so auf die Seite von Geher geschlagen hat, so muß man immer berücksichtigen, daß diese Blätter in Leipzig erscheinen.“ Vor längerer Zeit habe ich mich einmal mit demselben Gedanken beschäftigt, ob es zweckmäßig war, unsere Zentralkommission nach Leipzig zu verlegen, und ich bin nach reiflicher Ueberlegung zu dem Schluß gekommen, daß wir damit einen guten Zug getan haben. Da aber Leipzig die Stätte des „Ultradikalismus“ ist, so wäre es sehr zweckmäßig, wenn alle Gewerkschaftsblätter in Leipzig erscheinen würden. Jedenfalls würde sich dann das Bedürfnis nach einer besonderen Theorie für die Gewerkschaftsbewegung nicht geltend machen, sondern die Arbeiter würden nach der Klassenkampftheorie erzogen werden, und das könnte nur von Vorteil sein.

Ich habe wiederholt die Artikel im Steinarbeiter gelesen und dabei nicht einen Satz gefunden, gegen welchen ich Einwendungen zu machen hätte. Die Aufregung des Korrespondenzblattes war deshalb nicht nur unnötig, sondern auch recht ungeschickt. Mit der Haltung unserer Fachzeitung gerade in der Frage Partei und Gewerkschaft bin ich völlig einverstanden.

(Wenn wir uns auch nicht mit allem, was in dem Artikel gesagt wird, einverstanden erklären können, so haben wir diese Darlegungen doch ohne jegliche Kürzung veröffentlicht. Red.)

## Aus dem Harze.

Zu den verschiedenen Steinbruchdistrikten, wo der Organisationsgedanke erst in der allerneuesten Zeit mehr und mehr zum Durchbruch kommt, gehört auch das östliche Harzgebiet. Man kann ruhig behaupten, daß trotz der großen Fortschritte, die die Steinindustrie im Laufe der letzten Jahre dort gemacht hat, dieselbe doch erst in den Anfängen ihrer Entwicklung steht und voraussichtlich eine bedeutende Zukunft hat. Voraussetzung zur kräftigen Weiterentwicklung ist in erster Linie der Ausbau und die Verbesserung des Verkehrsnetzes; die vor einigen Jahren erfolgte Inbetriebsetzung der Sargauer- und Brockenbahn hat bis jetzt schon wesentlich dazu beigetragen, die Industrie zu fördern. Ihre beiden Zentralpunkte hat die Steinindustrie des Harzes in den beiden Orten Gasserode und Harzburg. Während in den in der Umgebung von Gasserode gelegenen zwanzig Brüchen nahezu 400 Arbeiter mit der Herstellung von Brandsteinen und Bauarbeiten tätig sind, dominiert in Harzburg die Produktion von Pflastersteinen, die ebenfalls einige hundert Arbeiter beschäftigt. Die Pflastersteinbrüche sind meistens im Besitze des Fiskus, während die Gasseroder Brüche Eigentum der Stadt Wernigerode sind, die sie an die einzelnen Unternehmer verpachtet hat. Neben der Produktion von Bauarbeiten und Pflastersteinen sind auch noch verschiedene Schotterwerke vorhanden, sowie das Denkmäler produzierende Werk Steinerne Renne in Gasserode, das aber durch innere Krisen sehr zu leiden hat. Neben den beiden Orten Gasserode und Harzburg ist die Steinindustrie stark vertreten in Braunlage, Ilfenburg, am Brocken und an verschiedenen andern Orten.

Wie steht es nun in diesem Gebiete mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für einen Teil dieses Bezirks sind ja durch den im letzten Frühjahr erfolgten Abschluß eines Tarifs einigermaßen bessere Lohnverhältnisse geschaffen worden. Aber im allgemeinen sieht es infolge der noch vorhandenen großen Masse indifferenter Berufsangehörigen noch sehr schlecht aus. Was die Arbeitsbedingungen betrifft, so spotten dieselben vielfach und besonders in den tiefer im Gebirge gelegenen Brüchen, die dank ihrer Entfernung von bewohnten Orten selten zwecks einer Kontrolle besucht werden, jeder Beschreibung. So sind zum Beispiel erst in letzter Zeit in den Schmieden des in den sogenannten Schneelöchern am Brocken gelegenen Bruchs eines Harzburger Unternehmers auf Veranlassung des Gewerbeinspektors Rauchfänge errichtet worden. Arbeitsbuden gibt es in den den schädlichen Einwirkungen einer rauhen Gebirgswitterung ausgesetzten Brüchen so gut wie keine. Welches traurige Dasein sind diese Kollegen zu führen gezwungen. Am Montag in aller Frühe geht's los von Weiß und Kind, und erst am Sonnabend kommt der Steinarbeiter mit dem leider sehr fargen Lohn in der Tasche in seine Häuslichkeit zurück. Nun sollte man doch glauben, daß wenn auch auf den Arbeitsstellen durch das Verschulden der Unternehmer Mängel in Hülle und Fülle vorhanden sind, so doch ein Arbeitgeber so viel sittliches Empfinden und so viel Pflichtbewußtsein haben müßte, daß er seinen Arbeitern, die tief in die menschenleeren Gegenden im Gebirge eindringen und der Erde ihre Schätze ausbeuten, die dann der Unternehmer in die Tasche steckt, wenigstens den Aufenthalt im Bruche nach des Tages Mühen und Strapazen so angenehm als möglich machte. Aber dem ist nicht so. Meistens dient den Kollegen zum Uebernachten eine elende Bretterbude zum Aufenthalt, in der in langen Reihen neben- und aufeinander auf roh zusammengezwimmerten Brettergestellen ein paar Bündel Stroh liegen, die als Nachtlager benützt werden. Gleichzeitig wird in diesen Buden gegessen, man wäscht sich daselbst und kocht auch teilweise dort. Die Reinigung der Buden selbst läßt, was unter solchen Verhältnissen nicht anders zu erwarten ist, ebenfalls viel zu wünschen übrig, so daß dem Sinnlosen von Ungezieser Lur und Lur geöffnet ist.

Und erst im Winter, wenn dann einmal ein einzelner Arbeiter den weiten Weg von seiner Wohnung nach der Arbeitsstelle zurücklegt, wie oft läuft er dann Gefahr, in einer der meterhohen Schneelawinen stecken zu bleiben, oder sich vom Wege zu verirren und in eine Schlucht zu geraten. Doch auch hier kommt der Tag, an dem die Arbeiter ihr Joch abschütteln, die Industrialisierung auch dieses Gebiets schreitet vorwärts, und mit diesem Vorwärtsschreiten kommt auch die Aufklärung unter diese

indifferenten Arbeitermassen. Die jetzt schon organisierten Steinarbeiter des Harzes haben aber alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese noch unorganisierten Massen für den Verband zu gewinnen; denn gerade die Arbeitgeber dieser Kollegen tragen schuld, daß die Löhne so erbärmliche sind, weil sie durch die niedrigen Pachtätze für ihre tief im Gebirge liegenden Brüche und die noch niedrigeren Löhne die Preise bei Vergabe von Arbeiten fortwährend niederdücken. Trotzdem die Agitation unter diesen Kollegen eine sehr schwierige ist, ist es bei gutem Willen doch möglich, im Laufe der nächsten Zukunft alle noch indifferenten Steinarbeiter in diesem Bezirke dem Verbands zuzuführen.

### Von schweren Ausschreitungen im Muschelkalkgebiet.

Schreiben verschiedene bürgerliche Blätter. Folgende Notiz macht die Rundreise:

Am Montag, den 20. v. M., wurden von den Mainlandssteinwerken in Ebelbach a. M. für deren Betriebe in Gohmannsdorf a. M. 8 Arbeitswillige abgeordnet, die bei ihrem Eintreffen in Würzburg von Streikenden bereits am Bahnhof abgefaßt und belästigt wurden. Selbst während der Fahrt von Würzburg nach Gohmannsdorf und auf dem Wege zur Arbeitsstelle war die Belästigung der Leute, besonders seitens des Streikleiters Sauer, so groß, daß nur mit knapper Not Tätlichkeiten vermieden wurden. Von Seiten der Streikleitung wurde dann eine Versammlung der Steinarbeiter in Dörsenfurt einberufen, deren Ergebnis es war, daß circa 120 Streikende unter Führung des Gauleiters Mittenmeier nach Gohmannsdorf zogen und sich dort im Gebüsch usw. versteckten, um das Personal der Mainlandssteinwerke abzufassen. Als diese, circa 20 Leute, ahnungslos passieren wollten, fiel die gesamte Anzahl der Streikenden über die wehrlosen Leute her. Der Streikleiter Sauer war es, der zuerst angriff und einen Arbeitswilligen ohne Gegenwehr so zusammenzuschlug, daß er längere Zeit arbeitsunfähig ist. Die andern Arbeiter, selbst die Polen, wurden unter Leitung des Gauleiters Mittenmeier so schwer verletzt, daß sie ebenfalls längere Zeit arbeitsunfähig sind. Wertwürdigerweise schweigt die Arbeiterpresse, die doch sonst das geringste in aufgebauschter Norm zu bringen weiß, über diesen Vorfall. Es wäre ja auch ein gar zu erhebendes Beispiel, verkünden zu müssen, daß unter Führung des Gauleiters und der Streikleitung ein regelrechtes Kesseltreiben auf Arbeitswillige veranstaltet worden ist.

Wenn die Vorgänge sich wirklich so abgespielt haben, wie die sensationlistische Presse schreibt, dann sind die Arbeiter, oder richtiger gesagt, die organisierten Arbeiter die letzten, welche Derartiges gutheißen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß bei derartigen Notizen die Tatsachen verdreht, ja die Hälfte zugelegt wird. Man braucht Derartiges, um Stimmung zu machen, man braucht's, um dem über die Vorgänge in Breslau, Nürnberg usw. entsetzten Philister Sand in die Augen zu streuen.

Der Gauleiter Mittenmeier befand sich außerhalb, konnte demnach gar nicht „die Führung“ übernehmen. Es ist also erlogen. Dementsprechend ist auch das andre Geschreibsel einzuschätzen. Ganz überflüssigerweise hat man nun den Vorsitzenden von Gohmannsdorf, den Kollegen Frank, in Untersuchungshaft gesetzt, eben weil er Vorsitzender ist. Man kalkuliert vielleicht so, war es nicht der Gauleiter, auch nicht der Streikleiter, dann muß der Vorsitzende der Anführer gewesen sein. Die Unternehmung wird schon Klarheit bringen. Die Unternehmerpresse aber hätte alle Ursache, sich über die verbrecherischen Ausschreitungen ihrer staatsverhüllten Elemente zu entrüsten. Täglich erleben wir Beispiele, wo die Streifbretter sich als Herren der Situation fühlen und mit Schußwaffen hantieren. Aber wehe dem Arbeiter, welcher einem solchen „Michtraucher“ gegenüber die Ruhe verliert, wenn er nicht wartet, bis er niedergeknallt ist, sondern in der Erregung sich das Recht nimmt, welches jenen Elementen eingeräumt zu sein scheint. Die Arbeitswilligen können einen totschlagen, wie folgendes zeigt:

In Augsburg hat der Maurerpolier und Streifbretter Benedikt Trieb einen bei ihm im selben Hause wohnenden Kunstankaltsarbeiter Karl Ruf, als sich dieser in bestimmter, aber ruhiger und anständiger Weise verbat, daß Trieb aus geringfügiger Ursache Ruf's alte Mutter beschimpfte und mit Umbringen bedrohte, plötzlich angefallen und ihn hinterwärts durch drei Stiche in Kopf und Brust lebensgefährlich verletzt! Ruf mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Trieb wurde verhaftet — am andern Tage aber wieder auf freien Fuß gesetzt!!

Unser Augsburger Parteiblatt, die Schwäbische Volkszeitung, fragt angefaßt dieser unerklärlichen Maßnahme: ... Warum wird dieser gemeingefährliche, schon wiederholt mit längerer Freiheitsstrafe bedachte Kaufbold anders behandelt als wie ein andrer? Sollte vielleicht der Umstand mitgeholfen haben, daß der Köhling ein Streifbretter ist, der jetzt sehr notwendig gebraucht wird?

Was von diesem Schlingel des Unternehmertums noch alles zu erwarten ist, das zeigen uns die schon öfter gemachten Drohungen gegen andre Hausbewohner, die mit dem Messer niederknallen; deutlicher kann aber der Durchbruch nicht gekennzeichnet werden als durch seinen eigenen Ausdruck, den er kurzem andern gegenüber tat und der lautete: „Jetzt wird nur mehr mit dem Revolver ausgerückt, und wenn uns so ein Lump den Streikenden nur schief anschaut, wird er zusammengeschoßen wie ein Hund!“

Nun vergleiche man diesen Fall mit der Verhaftung des Kollegen Frank in Gohmannsdorf; letzterer, unbestimmt an dem „Kesseltreiben“, wird in Untersuchung behalten, der Messerheld und Streifbretter aber, welcher einen Arbeiter lebensgefährlich verletzt, wird auf freien Fuß gesetzt.

Solches Messen mit zweierlei Maß ist allerdings nicht geeignet, den Arbeitern besonderen Respekt vor dem Gehege beizubringen. Die Unternehmerpresse mit ihren verwandten Seelen ist aber am wenigsten dazu berufen, den Entrüsteten zu markieren, wenn sich einmal das Blättchen wendet und die Arbeitswilligen einen Puff bekommen. Die organisierten Arbeiter verurteilen aufs entschiedenste etwaige Gewalttätigkeiten, wissen sie doch, daß gerade den Streikenden jedes kleinste Vergehen schwer angekreidet wird und daß alle die in Fragen kommenden Gesetzesparagraphen wie Damoklesschwerter über ihren Häuptern schweben. Aber deshalb in die Heulmeierei der bürgerlichen Presse einzustimmen, haben wir keine Ursache; denn, wie in andern Fällen, so wird auch hier die Provokation zu dem Konflikt auf jene Elemente von der „sauberen Zunft“ zurückzuführen sein.

### Die Bewegung der Sandsteinmehlen in Düsseldorf.

Im April dieses Jahres reichten die Steinmehlen von Düsseldorf einen Lohnvertrag ein, in welchem den Meistern empfohlen wurde, sich bis zum 1. Mai zu demselben zu äußern oder mit

unserer Lohnkommission in Verhandlung zu treten. Es fanden nun wirklich mit Hinzuziehung unseres Gewerkschaftssekretärs Schmidt einige Sitzungen statt, welche jedoch zu keinem Resultat führten. Wir sahen vielmehr ein, daß es den Meistern nur darum zu tun war, die Sache zu verschleppen. Da die Konjunktur damals für uns eine schlechte war, beschloß eine hierzu einberufene Versammlung, in welcher auch Kollege Siebold in Leipzig anwesend war, die Verhandlungen abzubrechen. Die Kollegen wurden ermahnt, ganz in der Stille tätig zu sein, ihre Bücher in Ordnung zu bringen und die noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen, um so im gegebenen Falle bereit zu sein. Diesen Zeitpunkt erachteten wir nun vor 2 Wochen für gekommen. Die Meister wurden daher noch einmal an unsre im Mai gestellten Forderungen erinnert und denselben eine Woche Bedenkzeit gegeben, um dazu Stellung zu nehmen. Wir erhielten auch pünktlich Antwort, worauf unser Gauleiter A. Herrmann a. n. Köln zuerst mit dem Vorsitzenden der Meistervereingung unterhandelte. Als dieses auch nicht zum Ziele führte, legten am 3. September sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Kein Streifbretter war zu verzeichnen. Dies Resultat hatten die Düsseldorf Meister nicht erwartet. In der am 6. September stattgefundenen kombinierten Sitzung kam nun folgender Tarif zum Abschluß:

#### Arbeits- und Tarifvertrag der Steinmehlen zu Düsseldorf.

Der Verband der Steinindustriellen Düsseldorfs schließt mit dem Verband der Steinarbeiter für die im Bauhandwerk und in den Sandsteinbetrieben beschäftigten Steinmehlen folgenden Tarif ab:

- § 1. Jede Akkordarbeit fällt fort.
- § 2. Es wird die vom Bundesrat festgesetzte Arbeitszeit auf Werkstelle und Bau eingehalten.
- Die Arbeitszeit dauert:
  - a) im Sommer von 7 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags mit ½ stündiger Frühstückspause und 1 ½ Uhr nachmittags bis 6 ½ Uhr abends mit ½ Stunde Vesperpause.
  - b) im Winter, das heißt vom 1. November bis 1. März von 8 Uhr bis 12 Uhr vormittags, und 1 bis 5 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung. Bei Licht wird nicht gearbeitet.
  - c) an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 5 Uhr abends Schluß bei vollem Lohn.
- § 3. Der Stundenlohn beträgt 60 Pfg. Ueberstunden werden nicht gemacht.

Die bei auswärtigen Arbeiten über die festgelegte Arbeitszeit hinausgehende Fahrzeit auf der Eisenbahn ist nicht als Ueberstunde zu betrachten.

§ 4. Außerhalb Düsseldorf arbeitenden Steinmehlen wird freie Fahrt hin und retour, sowie wenn sie abends nicht nach Hause kommen können, eine Entschädigung für freie Station nicht unter 2 Mk. pro Tag gewährt.

Kann der Geselle Sonntags nicht nach Hause fahren, so wird auch für diesen Tag freie Station gewährt.

§ 5. Die Löhnung hat alle 8—14 Tage freitags zu geschehen. Bei 14tägiger Löhnung wird bis zu 80 Prozent Abschlag gewährt.

§ 6. Werkzeug stellt der Arbeiter und wird auf Kosten des Meisters geschärft.

Werkzeug für Hartgestein stellt der Meister.

§ 7. Die Organisation der Gehilfen wird anerkannt.

Die Nichtorganisierten dürfen auf der Werkstätte nicht beschäftigt werden, und keinen Anlaß zu Arbeitseinstellungen geben.

§ 8. Meinungsverschiedenheiten werden durch eine Kommission (drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer) geregelt.

Kommission der Arbeitgeber: 1. Arnolds, 2. Liebetrau, 3. Eberhardt, Stellvertreter: Spitzler.

Kommission der Arbeitnehmer: 1. Laug, 2. Friß, 3. Wohlen, Stellvertreter: Kraufche.

§ 9. Vorstehender Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1908.

Erfolgt (durch Einschreibebrief an den Vorsitzenden der betr. Abteilung) von irgend einer Seite keine Kündigung, so bleibt derselbe in seinem Wortlaute auf ein weiteres Jahr bestehen.

Die Kündigung hat drei Monate vor Ablauf zu geschehen.

Verband der Steinindustriellen Düsseldorf.

In Vollmacht: S. Reinardus, 1. Vorsitzender; Fr. Liebetrau, Vorsitzender der Gruppe I.

Verband der Steinarbeiter Düsseldorf.

In Vollmacht: B. Laug, P. Friß, J. Wohlen.

Für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig): Adolf Herrmann, Gauleiter.

Den Tarif haben weiter anerkannt die Firmen: Holzmann u. Co., Kaisersteinbruch Köln, Steinbruch Aktiengesellschaft Köln, C. Vetter, Elmman a. M., Färber-Köln.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 1. September ab werden die Reisekarten in den Zahlstellen von den Ortsverwaltungen ausgestellt. Desgleichen ist die Reiseunterstützung, pro Tag 75 Pfg., am 1. September in Kraft getreten. Die Reisekarten werden erst dann ausgestellt, wenn der betreffende Kollege sich aus der Zahlstelle abmeldet.

Die alten (blauen) Reisekarten haben seit dem 1. September ihre Gültigkeit verloren, Unterstellungen werden auf diese nicht mehr ausgezahlt. Auch sind diese ungültigen Karten, wenn Unterstützung darauf bezogen wurde, an den Vorstand einzufenden.

Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß ab 1. September der Vorort des 2. Gau's von Wunzlau nach Striegnau verlegt worden ist. Adresse siehe unter Adressenänderungen.

In Hamburg und Elm werden für vier Tage Reiseunterstützung ausbezahlt.

Um Angabe der Adresse des früheren Kassierers in Klingenstein, Jakob Dindorf, wird ersucht. Derselbe hat mit dem Zentralvorstand noch abzurechnen.

Ausgeschlossen wurden laut Statut, § 3, Absatz B: die Steinmehlen Rudolf Giehl, Johann Dinges, Heinrich Hoffmann, Peter Daubmann, Georg Schmidt, Peter Geier, Heinrich Müller, sämtlich in Kaiserslautern; ferner der Steinmehlpolier Joseph Schultheiß in Konstanz, der Steinmehle Ludwig Berger in München, der Steinmehle Ferdinand Birholz in Stadtpfropzelen und der Steinmehle Robert Storff in Dsnabrud.

### Korrespondenzen.

Bühlberg. Am 8. September tagte im Baumgartischen Gasthause zu Eberhardberg eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Die Tagesordnung lautete: Der Zentralverband der deutschen Steinarbeiter und was will derselbe. Als Referent war auf Wunsch der hiesigen Kollegen Gauleiter Link aus München erschienen. Redner verstand es, in 1 ½ stündiger Rede den Kollegen klar zu machen, was es heißt, organisiert zu sein. Nicht bloß das Wort organisiert kann den Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen, sondern die Kollegen müssen sich in den eigenen Reihen so zusammenschließen, daß die Arbeitgeber dieselben respektieren. Redner kam in seinen Ausführungen auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse speziell im Granitgebiet zu sprechen, wo die Kollegen unter den erbärmlichsten Verhältnissen zu leiden haben. An der Hand statistischen Materials weist Redner nach, daß dort, wo eine starke Organisation besteht, die Kollegen sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen haben. Man solle jedoch den Zentralverband

nicht als Automaten betrachten. Es müssen unbedingt zuvor Opfer gebracht werden, ehe an eine Verbesserung der Lohnverhältnisse gedacht werden könne. Oft ist ja der Eintritt in die Organisation die Veranlassung für die Unternehmer, die Löhne aufzubessern. Redner kam auf die Christliche Gewerkschaftsstimme zu sprechen, die in letzter Zeit geschwieben hat: daß der Zentralverband in diesem Jahre noch zweimal bankrott mache. Dieses würden die Herren jedoch nicht erleben, das beweise der große Opfermut der in unsern Reihen organisierten Kollegen. Zum Schluß kam Redner noch auf das Blaumachen der hiesigen Kollegen zu sprechen und bezeichnete dasselbe als Krebsgeschwür der Organisation. Der gute Versammlungsbefuch bewies, daß die Kollegen es ernst meinen. Waren doch außer den Passauer Kollegen auch die christlich organisierten von Gaugenberg erschienen. Alle folgten den Ausführungen des Gauleiters mit großem Interesse. Mit der Aufforderung an die Kollegen, das Gehörte zu beherzigen, ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die gut verlaufene Versammlung.

Gasserode. Das hiesige Werk Steinerne Renne ist technisch sehr gut angelegt. Die Touristen, die den Harz durchwandern, denken, im genannten Granitwerk müssen Hunderte von Steinarbeitern beschäftigt sein. Dem ist nicht so, etwa 10 Schleifer und 15 Steinmehlen sind momentan beschäftigt, die Zahl der Brecher und Pflasterer können wir nicht ganz sicher feststellen. Damit der Betrieb mit allen Neuerungen versehen ist, wurde auch noch eine Portierstube aufgestellt. Mancher, der im Deutschen Steinbildhauer das Werk abgebildet sieht, hat die Meinung, im Granitwerk Steinerne Renne müßte ein Leben und Treiben herrschen, wie es in andern Granitbrüchen nicht leicht zu finden sei. Woran es liegt, daß der Betrieb gar nicht richtig in Flor kommen will, werden wir später untersuchen. In der letzten Zeit sind etliche Entlassungen vorgekommen. Angefaßt dieser Umstände ersuchen wir unsre Kollegen allerorts, etwaige Anfragen betreffs Erlangung von Arbeit auf dem Werke Steinerne Renne solange zu unterlassen, bis an dieser Stelle anderes bekannt gegeben wird. — In dem Bruche Schmidt-Hannover arbeiteten längere Zeit zwei Kollegen, die früher auf dem Werke Steinerne Renne tätig waren. Nun wurden dieselben plötzlich entlassen, angeblich, weil das Werk Steinerne Renne noch Forderungen an die beiden Kollegen hat. Wir meinen, wenn dies der Fall ist, so solle man doch die beiden gerichtlich belangen lassen, daß sich die Mitglieder des Arbeitgeberverbands aber dazu hergeben, ist nicht zu billigen.

Kiel. Am 4. September fand eine Mitgliederversammlung unsrer Zahlstelle im Gewerkschaftshause statt. Zuerst erfolgte die Abrechnung über unser Sommervergnügen. Dasselbe ergab einen Ueberschuß von 68.90 Mark. Es wurde beschlossen, hiervon 30 Mark an die Streikenden des Muschelkalkengebietes zu senden, der Rest wurde vorläufig der Lokalkasse überwiesen. Einem Kollegen, welcher in Hamburg acht Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, wurde aufgegeben, die Angelegenheit innerhalb sechs Tagen zu regeln. Darauf kamen die Arbeitsverhältnisse hier am Orte zur Sprache. Schon in einem früheren Bericht machten wir darauf aufmerksam, daß sich zureisende Kollegen beim Vorsitzenden zu melden hätten, da es öfter vorkam, daß bei einer Firma Entlassene hier am Orte in andern Geschäften nicht wieder eingestellt wurden, während Zugereifte sofort Arbeit erhielten. Wie es scheint, haben die Kollegen es nicht nötig, ihre Nase in die Zeitung zu stecken, denn bis jetzt ist es noch keinem eingefallen, unsrer Aufforderung Folge zu leisten. Den Schaden durch diese ihre Nachlässigkeit haben verschiedene Kollegen, welche auf Inzerate von hiesigen Arbeitgebern von weit her nach hier kamen, am eignen Leibe verspürt. Nachdem sie hier zwei bis drei Wochen geschäftig hatten und die notwendigen Arbeiten erledigt waren, wurden sie wieder aufs Straßensplaster geworfen. Wir fordern hiermit nochmals die Kollegen in ihrem eigenen Interesse auf, sich vor Eingehen auf Arbeitsangebote an unsern Vorsitzenden, F. Rönneke, Harriestrasse 29, zu wenden. — Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Mittweida. Den Kollegen von Mittweida und Umgegend zur Kenntnis, daß unsre Mitgliederversammlungen nicht mehr im Restaurant Gute Quelle, sondern im Restaurant Rosen-gart anstattfinden, weil es in ersterem an Raum mangelt und die Kollegen zum größten Teil angeblich wegen dieses Raum-mangels mit Abwesenheit glänzten. Das Lokal ist schön groß und freundlich; da können die Kollegen die Ausrede nicht mehr machen. Es wird jetzt Zeit, daß sich die Kollegen zusammenraffen und die Versammlungen besser besuchen. In mancher Zahlstelle würden die Kollegen froh sein, wenn ihnen solche Versammlungslokale zur Verfügung ständen, wo sie ihre Interessen vertreten könnten. Kollegen! Sonntag, den 16. September, findet die erste Versammlung im Rosengarten statt; es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Raundorf. Am 2. September fand bei Herrn Neglich in Neu-Schölln eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Gauleiter Zahn legte den Anwesenden in ein-stündiger Rede den Wert einer guten Organisation dar. Die Unternehmer schienen sich ebenfalls zusammen, angeblich, um ihre Lage zu verbessern; sie benutzen ihre Organisation hauptsächlich zur Unterdrückung der Arbeiter. Auch die Bundesratsverordnung streifte der Redner und kritisierte die mangelhafte Durchführung derselben. Die Steinarbeiter von Demitz-Humitz sollen sich ihrer Lage bewußt werden und Mann für Mann dem Verband der Steinarbeiter Deutschlands beitreten, dann erst können bessere wirtschaftliche Zustände geschaffen werden. Den anwesenden Frauen legte Kollege Zahn besonders ans Herz, kläftig mitzuarbeiten und die Männer zu unterstützen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Unter Punkt 2 gab der Kassierer Kollege Müller die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Es wurde ihm für seine saubere Buchführung und Sparsamkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen. Kollege Mißel wurde als Zeitungsbredireiter gewählt. Die Platzassierer sollen vom 1. Oktober an 1 Prozent für ihre Mühe bekommen. Die Kollegen wurden aufgefordert, Herrn Neglich zu unterstützen, damit uns dieses Lokal erhalten bleibt. Am 23. September wird ein Sommerfest der Steinarbeiter stattfinden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende, Kollege Purche, die Kollegen auf, das Gehörte zu beherzigen. Ein jeder hat frätig mitzuarbeiten am Ausbau unsrer Organisation. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband die gut verlaufene Versammlung.

Stuttgart I. Am 7. September tagte unsre regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst handelte es sich um eine Angelegenheit, welche wohl noch mehr unter den Kollegen der Aufklärung bedarf. Es betrifft dies den Kollegen Gaar, zurzeit in Elm. Nachdem die Zentralleitung dem Betreffenden Rechtsschutz verweigerte, wurde die Angelegenheit weitergeführt auf Kosten der örtlichen Kasse. Nun glaubt der Kollege (er gewann nämlich den Prozeß), er habe es nicht nötig, die entstandenen Unkosten an die örtliche Kasse in Stuttgart abzuliefern. Die entstandenen Kosten betragen 20 Mark, 10 Mark verlangte nur die Zahlstelle zurück, 15 Mark bekam aber der Kollege auf Grund der Rechtsschutzgewährung der Zahlstelle von seinem Kontrahenten überwiesen. Nun sind die Versammelten der Meinung, daß der Rechtsschutz nicht zur Bereicherung des einzelnen gegeben wird, sondern um ihn zu seinem Rechte zu verhelfen. Jedenfalls wird ihm in der Zahlstelle Elm das Betreffende seiner Handlungsweise beigebracht und die Zahlstelle kommt wieder zu ihren Auslagen. — Durch ein Schreiben von Amorbach wurde die hiesige Verwaltung in Kenntnis gesetzt, daß rauhe Steine nach Stuttgart abgeführt werden, um dort Streikarbeit anzufertigen. Es wurde dann festgestellt, daß auf Plaz Burreo die Arbeit von zwei Kollegen (einem unorganisierten und einem organisierten) angefertigt wurde. Die übrigen auf dem

Bläse beschäftigten Unorganisierten verweigerten die Arbeit. Während die genannten zwei Kollegen ruhig die Streikarbeit anfertigten, erklärte derjenige, welcher Mitglied bei uns war, ein junger, lediger Mann, ganz einfach: „Wenn ich die Arbeit nicht mache, bekomme ich Feierabend.“ (Raum glaublich von einem Mitgliede. Red.) Die Namen der Edlen sind: Robert Nietzhamer aus Ellingen, der andre heißt Säberle; letzterer wurde schon 1904 von Kolmar aus verurteilt. Die angefertigte Arbeit waren lauter einzelne Steine, welche am notwendigsten gebraucht wurden. — Der nächste Punkt betraf unsere jährliche Statistik, welche Kollege Cusaner aufgestellt hat. An derselben beteiligten sich leider nur 28 Kollegen. Durch diese Ineresslosigkeit sind wir nie in der Lage, ein klares Bild über die Berufsverhältnisse in Stuttgart geben zu können. Trotzdem hier die Verhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind, ist eine Klauheit unter den Kollegen, welche aller Beschreibung spottet. Man arbeitet mehr gegen den Verband als dafür. Nun, die Früchte werden nicht ausbleiben. Alle Versuche, den Kollegen mehr Interesse beizubringen, sind schon unternommen worden, doch ohne Erfolg; sie müssen eben selbst durch die schlechten Verhältnisse zur Besinnung kommen. Zum Schluss wird noch erlucht, die Sammlungen für die Kollegen des Rastfeldgebietes fortzusetzen.

**Wenig-Radwiß.** Am 29. August fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Nach dem Verlesen des Protokolls gab der Statistiker das Resultat vom letzten Jahre bekannt. Genosse Stolpe, Arbeitersekretär in Görlitz, war erschienen, um einen Vortrag über Volksschule und Volksbildung zu halten. Der Vortragende führte aus, das Volksschulgesetz, das vom preussischen Landtag ausgearbeitet sei, werde von den herrschenden Klassen so hingestellt, als wenn in keinem andern Staate so ausgezeichnete Schulverhältnisse wären, als wie bei uns. Im Verhältnis zu den höheren Schulen sind die Elementarschulen auf dem Lande in der Ausbildungsweise aber weit zurück. Auf dem Lande gibt es gerade so gut Schüler, die eine gute Auffassungsgabe haben, wie in den höheren Schulen, wenn ihnen nur die nötige Schulbildung zuteil würde. Die Junker möchten am liebsten die einteilige Klasse von 6—14 Jahren, Erziehung zur Religion und Gottesfurcht, Patriotismus und dergleichen mehr. Es ist nachgewiesen, daß in den Schulen gerade das Gegenteil gelehrt wird von dem, was der Arbeiter zu seinem weiteren Fortkommen braucht. Die wichtigste Aufgabe sei, die Kinder in der Muttersprache genügend auszubilden, denn die unnötige Zeit, welche in der Schule mit Bibelsprüchen und Psalmen vertriebt wird, wäre besser in den Elementarfächern in Anwendung zu bringen. Die Junker und Pfaffen im Osten des Reichs haben die Aufsicht über die Schulen. Die Lehrer werden sehr schlecht behandelt von ihren Vorgesetzten, wie es z. B. in den Vortragsblättern ja schon öfters beschrieben wurde. Hauptächlich Ostpreußen und Mecklenburg bringen oft haarsträubende Zustände an die Öffentlichkeit. Die Lehrer sind in ihrer Lage nun nicht zu bedauern, weil sie eben bei Wahlen immer Handlangerdienste für die Konservativen, das Zentrum und die sonstigen Parteien verrichten, von denen sie das meiste zu erwarten haben. An eine Aenderung des Volksschulgesetzes sei aber nicht früher zu denken, bis das Dreiklassenwahlrecht gefallen ist. Mit diesen Worten schließt der beifällig aufgenommene Vortrag. — Weiter wurden die traurigen Zustände vom Platz Neumann u. Schubert in Resselndorf besprochen. In letzter Zeit kam eine weiße Steinsorte in Bearbeitung, welche viel mit Eisensträngen durchzogen und außerdem sehr hart war; die Steinmetzen wurden vorstellig wegen Härtezulage. Da sich Herr Neumann aber in keiner Weise herbeiließ, mit den Steinmetzen eine Verständigung herbeizuführen, auch nicht im Wundenrecht erschien, so wurde eine Kommission von Radwiß vorstellig. Diese konnte aber auch nichts erzielen. Herr Neumann hatte allerhand Ausreden. Auf weiches Material könne er auch nichts abgeben usw. Nun gut, mag die Firma auf ihrem Standpunkt beharren, uns ist es auch recht. Neumann wird ja sehen, was er für Unterstützung vom Steinmetzenverband hat. Der Polier soll Auftrag erhalten haben, Unorganisierte aus Böhmen und Bayern zu besorgen. Sämtliche Steinmetzen haben Feierabend gemacht und sind anderweitig im Distrikt in Arbeit getreten. Der Betrieb ist deshalb zu meiden.

### Nichtigstellung.

Auf Seite 56 des Protokolls vom Münberger Verbandstag ist mir ein Lapsus unterlaufen, welchen ich hiermit richtigstelle. Ich führte dort unter anderm aus: „In Elberfeld-Barmen und Dortmund wären die Unterschlagungen nicht vorgekommen usw.“ Statt „Elberfeld-Barmen“ muß es heißen: „Düsseldorf und Dortmund“ und so fort.

A. Dunkel, Köln a. Rh.

### Rundschau.

Eine Statistik des Klassenkampfes haben, wie bereits andre größere Zahlstellen, nun auch die Dresdner Steinarbeiter veranfaßt. An den statistischen Aufnahmen haben sich beteiligt: 23 Werkplätze mit 412 Kollegen und 12 Bauten mit 80 Kollegen, insgesamt 492. Von diesen 492 wohnen im Stadtgebiet 343, in den Vororten 139. Abonnenten der Arbeiterpresse sind 417. Von diesen 417 lesen 19 noch andre Zeitungen. B ü r g e r l i c h e Blätter lesen 14 und gar keine Zeitung haben 51 Kollegen. Politisch organisiert sind 379. Mitglied eines Konsumvereins sind 248 und Dresdner Bürger sind 67. Vorstehende Zahlen beweisen uns, daß innerhalb der Gewerkschaft noch sehr viele Kollegen vorhanden sind, die noch nicht wissen, wohin sie gehören. Man sollte eigentlich meinen, daß die heutigen Verhältnisse dazu angetan wären, daß auch der rückständigste unserer Kollegen begriffen hätte, auf welcher Seite seine Interessen vertreten werden und wo er Rückenhalt findet. Jeder einzelne Kollege ist verpflichtet, auf den Werkplätzen und Bauten für Aufklärung zu sorgen, damit das Verhältnis in nächster Zeit ein besseres wird.

**Ein Gerichtsurteil** gegen den Hauptvorsitzenden des Deutschen Brauerverbands und einen Zahlstellenleiter dieser Organisation, das nicht nur in Laienkreisen allgemeines Kopfschütteln erregen muß, wurde von der Strafkammer in Nordhausen gefällt. Der Leiter und Kassierer des dortigen Ortsvereins des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter war mit seiner Abrechnung vom 3. und 4. Quartal v. J. im Rückstande. Wiederholte Schreiben des Hauptvorsitzenden Bauer in Hannover, doch dem Statut Rechnung zu tragen, hatten nicht den gewünschten Erfolg, so daß sich schließlich der Zentralvorstand genötigt sah, durch den Hauptkassierer eine Revision ankündigen zu lassen, die am 11. März vorgenommen werden sollte. Tags vorher traf jedoch der Zahlstellenleiter aus Nordhausen in Hannover ein und hat um Aufschub resp. Stundung bis zum 1. April, da Familienverhältnisse halber die Zahlstelle ihm das Geld leihweise überlassen habe und eine augenblickliche Rückzahlung unmöglich sei. Der Hauptvorsitzende kam diesem Wunsch nach, und der Appell an Treu und Glauben wurde nicht getäuscht, denn zum festgesetzten Termin traf Geld und Abrechnung ein. Durch Reibereien in den Versammlungen wurde diese Angelegenheit in die Öffentlichkeit getragen und nun gegen den Leiter ein Strafverfahren

eröffnet. Die Behauptung des Zahlstellenleiters, der Verbandsvorstand habe diese einseitige Verwendung der Gelder in der geschilderten Weise sanktioniert, vermochte die Staatsanwaltschaft nicht zu überzeugen, sie verurteilte vielmehr auch den Hauptvorsitzenden in den Anklagezustand. Bei der Verhandlung am 22. August vermochte sich das Gericht auch zu keiner besseren Ansicht aufzuzwingen, sondern ging von der Auffassung aus, der Hauptvorsitzende habe die Neuzerung nur gemacht, um den Zahlstellenleiter vor Strafe zu schützen, und sei dieserhalb wegen Begünstigung zu verurteilen. Während der Staatsanwalt gegen den Zahlstellenleiter einen Monat und gegen Bauer 50 Mk. Geldstrafe beantragte, ging das Gericht noch über den Antrag hinaus und verurteilte ersteren zu zwei Monaten, letzteren zu 14 Tagen Gefängnis. Gegen dieses unbegreifliche Urteil ist selbstverständlich Revision eingelegt.

Mit unserer deutschen Rechtsprechung wird es ja immer toller.

**Gerechtigkeit.** 1. Die Maximalstrafe von drei Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung diktierte das Schöffengericht in Duisburg einem Hafenarbeiter K. zu, weil dieser während des glänzend verlaufenen Hafenarbeiterstreiks in Duisburg einen sogenannten Arbeitswilligen beleidigt haben sollte.

2. Ein gemeiner Schwindler, der Arbeiter Martin Dabisch, hatte den Hafenarbeiterstreik in Duisburg dadurch für sich auszunutzen verstanden, daß er mit gefälschten Sammellisten umherging und den Erlös seiner Bemühungen natürlich in die eigene Tasche verschwinden ließ. Die Urkundensäufung und den Betrug bestrafte das Duisburger Schöffengericht nur mit einem Monat Gefängnis. Die beiden Urteile sprechen eine sehr beredte Sprache.

**Die numerische Stärke des Verbands der Metallindustriellen.** Der Gesamtverband der Metallindustriellen zählt zurzeit 38 Bezirksverbände und 2 angeschlossene Vereine, welche insgesamt zirka 431 000 Arbeiter beschäftigen. Im Jahre 1905 sind 6 Verbände und 20 Einzelmitglieder dem Verbands neu beigetreten, zwei weitere Verbände sind 1906 hinzugekommen. Dieses Anwachsen der Unternehmersonorganisation muß jedem einzelnen Arbeiter nahelegen, in seinem eignen Interesse das gleiche zu tun und mit der Anmeldung zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation nicht mehr zu säumen.

### Quittung.

Für die streikenden Rastfeldarbeiter sind vom 5. August bis 3. September 1906 bei Unterzeichnetem folgende freiwillige Beiträge eingegangen:

Stadtproleten, 3. Rate	12.10 Mk.
Rühberg, 1. Rate	5.20 "
Wagner Gustl, München, 1. Rate	5.00 "
Hain, Leipzig, 1. Rate	4.40 "
Bunzlau, 1. Rate	16.75 "
Kelheim, 2. Rate	20.00 "
München, 5. Rate	50.00 "
München, 6. Rate	60.00 "
Ulm, 1. Rate	32.30 "
Augsburg, 1. Rate	20.00 "
Stuttgart, 1. Rate	20.00 "
Unsen, 1. Rate	22.25 "
Mühlhausen i. Gf., 1. Rate	30.00 "
Würzburg, Gewerkschaftskarteil, 1. Rate	100.00 "
Bensheim, 1. Rate	25.20 "
Reichenhausen, 2. Rate	15.00 "
<b>Summa:</b>	<b>433.20 Mk.</b>

Im Namen sämtlicher Streikenden für die obigen Unterstützungen allen Kollegen und Genossen besten Dank.  
J. A. Hans Wittenmeier, Gauleiter  
Würzburg, Fabrikstraße 27.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Mühlhausen i. Gf.** Das Buch des Kollegen Karl Bächtle, geb. am 2. Juli 1878 zu München (eingetreten am 23. Dezember 1905 in Mühlhausen) ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

**Unsen.** Das Buch des Kollegen Fritz König, geb. am 15. Januar 1887 zu Soest, ausgeleitet in Hörstel, ist verloren gegangen. Ersuche dasselbe an meine Adresse gelangen zu lassen.  
Heinrich Balke, Unsen.

**Ulm.** Dem Kollegen Franz Rief, geb. am 25. Juni 1879 zu Grafrathshofen, ist kein neues Buch auszustellen, derselbe ist von hier abgereist und hat sein Buch in Unordnung liegen lassen. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Kollegen Ludwig Neuh, geb. am 19. November 1882 zu Frankenhofen D./L. (Heilbronn), zukommen zu lassen, sein Bruder sucht ihn in Familienangelegenheiten.

Nachdem die Adresse des Joh. Georg Fischer, geb. 23. Februar 1881 zu Falkenstein, nicht beigebracht wurde, warne ich sämtliche Kollegen, demselben Vertrauen zu schenken, indem er das Vertrauen der hiesigen Kollegen schände mißbraucht hat. Auch ist Fischer anzuhalten, den restierenden Betrag von 2.55 Mk. für Parteizeitung einzusenden an den Kartellvorsitzenden Fritz Göhring, Frauenstraße. Aug. Franl, Münsterbau.

**Dresden.** Der Steinmetz Baptist Folger aus Kirchsch, geb. am 30. Juli 1876 (Verbandsnummer 29 252), ist abgereist und hat sein Buch in Unordnung liegen lassen. Der Steinmetz Erhard Langhans, geb. am 12. Dezember 1875 zu Knechtgau, ist ebenfalls abgereist und hat sein Buch liegen lassen; derselbe hat auch noch Verpflichtungen den Kollegen auf dem Werkplatz gegenüber. Diesen alten Herren ist kein Buch auszustellen und sind dieselben an ihre Pflichten zu erinnern.  
Seidel.

### Adressen-Änderungen.

**Striegau.** Gauleiter, Vorsitzender und Kassierer: Max Lohje, Bahnhofstr. 11, pt.

**Mainz.** Vorsitzender: Jakob Schmidt, Kürfürstenstr. 56, pt. I. Kassierer: Georg Müller. Kassierer: Johann Eppert.

**Ottobach bei Rastfeld** (neue Zahlstelle im 8. Gau). Vorsitzender: Joseph Brandtner. Kassierer: Philipp Bang.

**Koblenz** (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Wilhelm Krebs, Klemensstr. 19, III. Kassierer: Wilhelm Bösch, Metternich bei Koblenz.

**Kirn a. d. Nahe** (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Friedrich Schönborn in Kirnfulzbach. Kassierer: Johann Dries, Mühlweg.

**Darmstadt.** Kassierer: Adam Horst, Weiterstadt bei Darmstadt, Liebfrauenstraße.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 3. bis mit 2. September 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, Erw. = Erwerblosenmarken, M. = Material, Pr. = Protokolle.)  
Kassel, B. 11.54, E. 17.25, D. 14.75; Amorbach, B. 33.78; Hamburg II, B. 202.40, Erw. 9.60; Odenbach, B. 44.84, Erw. 0.20;

Zwingenberg, B. 84.—; Mergentheim, B. 5.50; Jener, B. 4.95; Rieneburg, B. 15.—; Neufals, B. 4.60; Merseburg, B. 2.10; Leipzig, B. 4.— (G.); Osterburg, B. 6.—; Faulbach, B. 3.15; Zittling, B. 20.52, E. 3.—; Pirna, B. 460.—; Münster 88.— (?); Löbau, B. 190.—, Pr. 5.—; Kappelrodt 106.32; Heigenbrücken, B. 28.25, D. 0.25, Z. 4.—; Schöneberg, Ins. 4.05; Siegen, B. 1.15; Leipzig II, B. 59.52, E. 3.25, D. 1.50, Z. 16.50, M. 4.30; Rastfeld, B. 379.12, D. 32.50, Z. 56.—, Ins. 4.—; Speyer, B. 42.90, D. 1.75, Z. 12.—; Birkenau 85.— (?); Görlitz, B. 34.—; Rütthen, E. 0.25; Straßburg 460.— (?); Trier, B. 110.50, Erw. 0.70; Greifswald, B. 46.—, M. 1.20; Koblenz, B. 2.50, E. 2.50; Kirn, B. 7.15, E. 6.50; Brenzlau, B. 4.55; Raderborn, B. 5.55; Sangerhausen, B. 3.30; Buxtehude, B. 4.65; Allagen, B. 12.75; Langenlalka, E. 0.50 (S.); Tonndorf, B. 1.20; Wulsdorf, B. 2.85; Berlin, Ins. 3.— (L.); Oppach, B. 284.20, E. 9.50, D. 14.25, Z. 35.—, M. 2.50; Alt-Leinungen, B. 52.21, Pr. 3.50, Ins. 1.80; Sandersacker, Erw. 10.—; Gießen, B. 3.50; Mainz, B. 112.—, E. 27.50, D. 21.50, Z. 44.—, Ins. 3.—; Braunschweig, B. 21.30, Erw. 10.—; Mühlhausen i. Gf., B. 92.—; Mittelsteine, B. 207.90, E. 7.75, D. 3.45, Erw. 0.90; Neufirchen, B. 126.—; Otterberg, B. 84.—.

Für die streikenden Kollegen im Rastfeldgebiet sind für Extra-Unterstützung eingegangen:

Chemnitz (Muster) 3.—, Niederlantz 20.—, Köln I 30.—, Offenbach a. M. 12.—, Rütthen 21.—, Striegau 100.—, Hasserode 25.—, Ober-Beilau 10.—, Deutmannsdorf 11.50, Löwenberg 41.—, Freiberg (durch Stiglbauer) 8.90, Leipzig (Platz Anders 6.15), Heppenheim (Platz Bräuer) 11.—, Fachsenbach 18.15, Augsburg 20.—, Oshenbach 8.60, München 130.—, Metten 20.—, Freiburg i. B. 57.72, Hamburg I 50.—, Chemnitz 49.—, Hof 10.—, Weinsberg 10.—, Würzen 6.30, Naumburg 20.—, Brackweide 25.—, Posen 20.—, Wartbau I 40.15, Jena 10.—, Mühlberg 10.—, Kolmar 20.—, Wenig-Radwiß (2. Rate) 33.50, Leipzig I 100.—, Allagen 3.50, Dortmund 10.50, Graßheim 22.50, Kelbra 5.—, Hof I 14.—, Mannheim 20.—, Essen 30.—, Oppach 30.—, Bremen 50.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Briefkasten.

**Köln, D.** Nach Brohl a. Rh. kommen schon seit einigen Wochen Steinarbeiter. — Chemn., S. Karte war an alte Adresse bereits abgegangen. Ortsfonds hierher senden! Abrechnung Differenz 40 D., 40 Z. M. — **Würthheim, Monat.** Betreffs der Aufnahme handelt nach Eurem Ermessen. — **Heidingsfeld, R.** Bei der jetzigen Situation Aufnahme nicht angebracht.

**An die Ortsverwaltungen.** Die erlassenen „Stadtbrieft“ nehmen wieder überhand. Die Redaktion lehnt von nun ab die Veröffentlichung von liegen gebliebenen Büchern ab.

### Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeituchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

### Steinmetzen

für dauernde Arbeit bei tarifmäßigen Löhnen werden fortwährend eingestellt.

Wellhausen, Werkplatz Unsen bei Hameln.

### Steinmetzen

werden sofort angenommen.

Architekt H. Funke, Zittau i. Sa., Bahnhofstr. 5b.

### Tüchtige Marmorhauer und Schleifer

sosort für dauernd gesucht.

Freiberger Marmor-Industrie, Freiberg i. Sa.

### Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)

### Preisliste

über alle

### Steinmetz-Geschirre

versende gratis!



### 5 Mk. Belohnung

demjenigen, welcher mir die Adresse des Kollegen Heinrich Scherrmann aus Ramsen innerhalb 8 Tagen zukommen läßt.  
Johannes Noll, Steinmetz  
Hertlingshausen (Wals).

### Achtung!

Infolge Ueberfüllung der Lokaltäten und Reichhaltigkeit der Tagesordnung konnten die Geschäfte der letzten Versammlung nicht alle erledigt werden. Es diene sämtlichen Kollegen zur Nachricht, daß am **Sonnabend, den 15. September**, abends 8 Uhr eine

### Mitglieder-Versammlung

stattfindet. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Die Ortsverwaltung von Faulbach.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

**Gäslitz (Schlesien).** Am 8. September verschied plötzlich der Kollege **Julius Freitag** infolge Schlaganfalls, im Alter von 38 Jahren 9 Monaten.

**Strehlen.** Am 2. September verschied unser Kollege **Paul Reinhold** aus Gorkau im Alter von 21 Jahren an einem Herzfehler.

Am 9. September machte der Kollege **Gottlieb Gnädig** seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Alter 65 Jahre.

**Köln I.** Am 8. September starb unser Kollege **Franz Bollig** im Alter von 42 Jahren an der Berufsfrankheit. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur A. Staudinger, zurzeit Berlin.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Partei und Gewerkschaften.

Genosse Kautsky beendet in der soeben erschienenen Nummer der Neuen Zeit seine Auseinandersetzung über die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Wir geben die wesentlichsten Gedanken daraus wieder:

Die Gewerkschaften sind zu großen und starken Organisationen angewachsen, die imstande sind, durch ihre reichen Mittel ihren Mitgliedern sehr erhebliche Vorteile zu verschaffen, die über in demselben Maße, in dem sie wachsen, auch im Kampfe mehr zu verlieren haben. Gleichzeitig aber haben sich noch weit stärker in zahlreichen Industriezweigen die Unternehmerr zu fürchtbaren Verbänden vereinigt, die niederzuringen mit den gewöhnlichen Mitteln gewerkschaftlicher Taktik nur unter außerordentlich günstigen Verhältnissen möglich, unter normalen Bedingungen ausichtslos ist.

Unter diesen Verhältnissen werden die Gewerkschaften nicht kampfunfähig, aber ihre Kampfkraft schwächt, sie werden mehr und mehr in die Defensive gedrängt und müssen bei dem Beginn eines jeden Kampfes immer vorsichtiger alle Chancen abwägen, denn zu viel steht für sie auf dem Spiele und zu mächtig ist der Gegner, als daß man ihn leichtfertig herausfordern dürfte. So entwickelt sich das vielberufene „Ruhebedürfnis“ der Gewerkschaften, nicht als Laune einiger Gewerkschafter, sondern als das Resultat sehr realer, von dem Willen der einzelnen völlig unabhängiger Verhältnisse.

Ganz anders aber gestaltet sich die Situation, wenn wir nicht die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Gegner allein, sondern die des gesamten Klassenkampfes verfolgen. Wir sehen dann, daß die Klassengegensätze sich immer schroffer zuspitzen, besonders in Preußen, wo der mächtigste Sozialdemokratie die stärkste Regierung, die geriebensten und brutalsten Ausbeuter, Junker und Scharfmacher gegenüberstehen. Da begegnet jede Bewegung der Arbeiterklasse besonders hartnäckigem Widerstand, verschärfen sich die Konflikte, werden die politischen Kämpfe immer erbitterter, werden die Möglichkeiten friedlicher, ruhiger Entwicklung immer mehr unterbunden, reifen immer mehr die Bedingungen einer katastrophalen Entwicklung. Der Stillstand der Sozialreform, die völlige Unfruchtbarkeit des heutigen Parlamentarismus, die so manchem als Beweise der Unmacht der deutschen Sozialdemokratie erscheinen, entspringen vielmehr ihrer Stärke. In andern Ländern kann es die Bourgeoisie noch wagen, mit der Sozialdemokratie zu experimentieren, wie ehedem Bismarck mit Lassalle und Schweizer zu experimentieren suchte; in Deutschland sind wir über dies Stadium längst hinaus, und es gäbe keine Politik der Sozialdemokratie, die es wieder beleben könnte, als die der Abriistung und Abbanung. Die Stagnation allen Fortschritts beweist nicht, daß die Sozialdemokratie ohnmächtig geworden ist, sondern vielmehr, daß wir in jene Periode eingetreten sind, in der alle Illusionen allmählicher Ausbühung des Kapitalismus fallen müssen, in der sich die Gegensätze immer mehr zuspitzen, sich alle Sicherheitsventile verstopfen und die soziale Spannung immer bedrohlicher anwächst, bis irgend ein Ereignis den Kessel zum Bersten bringt. Und die große russische Revolution ist schwächer genug mit Ereignissen, die dazu führen können. So wächst in demselben Maße, in dem das Ruhestück der Gewerkschaften und namentlich des ihrer, für ihr Gedeihen verantwortlicher Führer, nicht für ihre Personen, sondern für ihre Organisation, zunimmt, die revolutionäre Stimmung im kämpfenden Proletariat, eine Stimmung, die naturgemäß in der Partei am ehesten und leichtesten ihren Ausdruck findet. Gewerkschafter, die die gewerkschaftliche Welt als eine Welt für sich, nicht als ein Stück des großen proletarischen Klassenkampfes betrachten, können da leicht dazu kommen, in der Partei ein die gewerkschaftlichen Interessen störendes Element zu sehen, um so mehr, da in demselben Maße, in dem die eben beschriebene Entwicklung vor sich geht, auch die Abhängigkeit von Partei und Gewerkschaft eine immer enger wird, jeder der beiden Teile bei jeder größeren Aktion immer mehr auf den andern angewiesen ist. Da kommt es schließlich dahin, daß manchem Gewerkschaftsführer die Partei als der Ruhestörer erscheint, der die der Ruhe so bedürftigen Gewerkschaften immer wieder in neue Kämpfe hineinzieht und sie katastrophal entgegentreibt, die sie völlig ruinieren können.

In den Diskussionen über die Maifeier und über den Massenstreik, sowie in der Haltung gegenüber der russischen Revolution sind die daraus erwachsenden Differenzen deutlich und mit erschreckender Schärfe zutage getreten. Entwideln sie sich in der bisherigen Weise weiter, dann wird der Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften unvermeidlich, ein Konflikt, der für beide Teile, für die ganze Arbeiterklasse Deutschlands unabsehbare Schäden herbeiführen, die deutsche Arbeiterbewegung für Jahre hinaus kampfunfähig machen würde, in einer Zeit, in der sie mehr als je auf den innigsten Zusammenschluß aller Kräfte angewiesen ist, um den großen Aufgaben gewachsen zu sein, die ihrer harren.

Vertuschen oder beschwichtigen, die Mahnung, sich doch zu vertragen, da wir hüben und drüben doch nur das Beste wollten und uns leicht einigen könnten, wenn nicht die „radikalen Stänker und Krakeeler“ da wären — das nützt nichts, da es den Kern der Sache nicht trifft. Partei und Gewerkschaft können nur gedeihen, wenn sie einheitlich und geschlossen in der gleichen Rich-

tung tätig sind — wenn auch natürlich jede in einer andern, ihr besonders entsprechenden Weise. Gibt es keinen gemeinsamen Kopf, der sie beide dirigiert — und bei den gegebenen Verhältnissen scheint es vorläufig ausgeschlossen —, dann bleibt uns nur eins: entweder greifen die Gewerkschaften oder doch die Gewerkschafter in die Partei oder die Partei, beziehungsweise die Parteigenossen in die Gewerkschaften richtunggebend ein.

Auf den ersteren Weg wies auch Elm in der Konferenz hin: „Wenn die Gewerkschaftsmitglieder sich mehr und mehr um die Partei kümmern würden, dann würde diese Richtung (die radikale) auf einem einzigen Parteitag einfach weggesetzt werden.“

Der Versuch, „diese Richtung einfach hinwegzusetzen“, könnte, wenn er nicht von vornherein elend scheiterte, nur den Erfolg haben, der Partei jede bestimmte Richtung, ja jeden festen Zusammenhalt zu nehmen und sie schließlich zu zersplittern und aufzulösen. Gelänge es aber den Gewerkschaften, die „momentan herrschende Richtung“ in der Partei aus dem Wege zu räumen, so befeitigten sie damit auch jenen Faktor, der sie am kraftvollsten daran verhinderte, zünftige und aristokratische Tendenzen aufkommen zu lassen, und der sie dahin drängte, die Vorkämpfer der ganzen Arbeiterklasse zu sein. Alle die Vorzüge, die die deutschen Gewerkschaften und ihre Beamten bisher so hoch über die englischen erhoben, sie vor deren Stagnation bewahrt haben, drohten dann nach und nach verloren zu gehen.

Diese Methode, die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft herzustellen, könnte zu nichts anderm führen als zur Degradierung der Partei wie der Gewerkschaften. Es ist nie von Vorteil, wenn jener Faktor, der die Gesamtheit und das Endziel repräsentiert, sich jenem Faktor zu unterwerfen hat, der nur einen Teil und nur die nächsten Interessen dieses Teils vertritt.

Das Umgekehrte ist in der deutschen proletarischen Bewegung bisher der Fall gewesen, und es war für beide Teile, Partei und Gewerkschaften, von Vorteil. Die deutsche Sozialdemokratie ist dabei die erste der Welt geworden, und die deutschen Gewerkschaften überflügeln die ehemals vorbildlichen englischen Gewerkschaften an Intelligenz und Tatkraft, ja sogar an Umfang.

Bei dieser Beeinflussung der Gewerkschafter durch die Partei haben sich aber jene bisher keineswegs beengt oder gekränkt gefühlt. Die Partei wirkte vielmehr erhebend und kräftigend auf sie. Nun plötzlich soll das anders werden. Es ist bezeichnend, daß Wömelburg erklären konnte:

Er (Geyer) sagte, der Beschluß von Köln sei überholt durch den von Jena, und infolgedessen sei der Jenaer Beschluß maßgebend. (Hört, hört!) Wo wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach unterzuordnen, andre bestimmen und wir haben zu gehorchen.

Andre bestimmen! Also die Partei, das ist für die Gewerkschafter, auch wenn sie Parteigenossen sind, in diesem Zusammenhang etwas Fremdes. Der Jenaer Beschluß ist nicht ein Beschluß, an dem Wömelburg mitgewirkt hat, sondern ein Beschluß „ander“. Die Minorität des Parteitags braucht dessen Beschlüsse nicht zu respektieren, wenn diese Minorität aus Gewerkschaftern besteht!

Wir heben das hervor, nicht um uns darüber zu entrüsten, sondern weil es kennzeichnet, auf welchem Wege sich manche unserer Gewerkschafter befinden. Sie sind gute Parteigenossen, aber die Partei verliert für sie ihre Geltung innerhalb des Rahmens der Gewerkschaft.

Jedoch die Pflichten des Parteigenossen sind innerhalb der Gewerkschaft keine andern als außerhalb derselben, er hat überall in der gleichen Weise für die Partei und ihre Beschlüsse zu wirken, die stets bezwecken, die Kraft und das Gedeihen der gesamten Arbeiterklasse, damit aber auch das der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu fördern und zu sichern.

Das hat in unserer Partei seit jeher gegolten, und sie kann in ihrem Interesse wie in dem der Gewerkschaften nichts Befesseres tun, als bei dieser Auffassung zu beharren. Soll diese aber in den Gewerkschaften Geltung behalten, dann ist es dringender notwendig, daß unsere vorwiegend politisch tätigen Genossen den Gewerkschaften größere Aufmerksamkeit schenken. Das Wachstum der Gewerkschaften wie der politischen Organisationen führt immer mehr zur Arbeitsteilung. Die einen der Genossen kümmern sich mehr um das eine, die andern mehr um das andre Tätigkeitsgebiet. So begreiflich das ist, es ist von Nabel. Jeder Parteigenosse, der dazu imstande ist, sollte es nicht bloß für seine Pflicht halten, seiner Gewerkschaft anzugehören, sondern auch für seine Pflicht, in ihr aufs eifrigste tätig zu sein. Einerseits um ihre Bedürfnisse zu studieren, um imstande zu sein, stets die dauernden großen Interessen seiner Kollegen in der Gewerkschaft begreifen und aufs zweckmäßigste vertreten zu können, dann aber auch, um unter den indifferenten oder gar dem Sozialismus feindseligen Kollegen erfolgreich für unsere große Sache zu propagieren, ihnen Klassenbewußtsein beizubringen, ihren Gesichtskreis über den der augenblicklichen gewerkschaftlichen Sonderinteressen hinaus zu dem der allgemeinen Klasseninteressen zu erheben, die mit den höchsten und allgemeinsten Menschheitsinteressen zusammenfallen. Unermüdlich und planmäßig müssen unsere Genossen in den Gewerkschaften dahin wirken, daß deren so weitverbreitete Presse ihre Leser über den Sozialismus und die Partei in richtiger Weise aufklärt und sie nicht mit Bringmannschen Märchen gegen die Partei aufhetzt;

müssen sie dahin wirken, daß bei den Wahlen von Gewerkschaftsfunktionären stets Genossen erlesen werden, die nicht bloß treffliche Gewerkschafter, sondern auch überzeugte und disziplinierte Genossen sind.

Nicht Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft! Das wäre politischer Selbstmord. Aber Kampf für die Partei in der Gewerkschaft, das muß die Parole jedes Genossen sein, der imstande ist, gewerkschaftlich tätig zu sein. Wohl ist die Aufgabe schwer, wohl sind die politisch tätigen Genossen heute bereits alle überbürdet, aber es gibt im Moment keine wichtigere Aufgabe für sie. Die vollkommene Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft ist mehr wert für den proletarischen Klassenkampf als ein paar Duzend neue Mandate; und diese werden um so eher gewonnen, je größer jene Einheit, je stärker das Parteiempfinden in den Gewerkschaften pulsiert.

## Nach dem Trade-Unions-Kongreß.

Aus London wird der L. B. geschrieben: Der 39. britische Gewerkschaftskongreß nahm gestern sein Ende. Ein neues Parlamentarisches Komitee wurde gewählt und der Sekretär Steadman wiedergewählt. Zum Komitee gehören auch die Genossen Barnes und Thorne. Die höchste Stimmzahl erhielt der Arbeiterabgeordnete Shackleton, der zweite Vorsitzende der Arbeiterfraktion. Er wird demgemäß zum Präsidenten des Komitees bestimmt werden. Unter den Kandidaten zum Parlamentarisches Komitee befand sich auch Genossin Bondfield, die Sekretärin der Labengehilfen, aber die auf sie entfallene Stimmzahl reichte zur Wahl nicht hin.

Der Kongreß nahm einen ruhigen Verlauf, da auf allen Seiten das Bestreben sichtbar war, die Einigkeit zu fördern. Dieses Bestreben war die Folge der Wahlsiege und des neugewonnenen Einflusses im Parlamente, die alle Kongreßdelegierten mit Freude und deshalb auch mit einem Geiste der Verjöhnung erfüllten. Der Kongreß war eine Siegesfeier. Es handelte sich weniger um Diskussionen als um eine freundliche Annäherung zwischen den selbständigen und liberalen Arbeiterabgeordneten. Ob indes eine Einigung zustande kommen wird und ob sie schon jetzt ratum ist, ist natürlich fraglich. Die Arbeiterfraktion besteht aus 29 Mitgliedern, davon sind etwa 15 oder vielleicht 18 sozialistisch gesinnt. Die sozialistischen Anträge und Maßregeln können deshalb in der Fraktion auf eine Mehrheit rechnen. Schließen sich aber die liberalen Arbeiterabgeordneten der neuen Partei an, so wird die Fraktion in ihrer selbständigen Haltung geschwächt. Denn man kann nicht erwarten, daß die neuen Parteianhänger über Nacht ihren Liberalismus ablegen. Es wäre deshalb besser, mit der Einigung zu warten, bis sich der sozialistische Geist in der Arbeiterpartei befestigt.

Es war auch der Geist der neuen Partei, der den Kongreß belebte. Der vorjährige Kongreß in Ganley war dem allgemeinen Urteil nach ein Mißerfolg. Es war ein Zeichen der liberalen Arbeiterpolitik. Eine Institution muß eine wirkliche Aufgabe haben, um leben zu können. Und der Trade-Unionskongreß hatte in den letzten Jahren keine Aufgabe mehr. Direkt in die Politik eingreifen konnte er nicht. Und im Kampfe für ein besseres Gewerkschaftsrecht erwies er sich als zu schwach. Der Kongreß sank zu einer Parade, zu einer leeren Schauvorstellung herab und wäre ohne die neue Wendung der Politik an Altersschwäche gestorben. Der diesjährige Kongreß, der im Zeichen der Siege der neuen Arbeiterpartei stand, zeigte ein ganz anderes Gepräge.

Schon der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees, der sonst meist von liberalen Gemeinplätzen angefüllt war, schlug diesmal neue Töne an. Er zeigte das Bestreben, über die gewöhnlichen Gewerkschaftsforderungen und liberalen Programmpunkte hinauszugehen. An einer Stelle jagte der Bericht:

Endlich erwachten die organisierten Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit auf. Die Bemühungen früherer Jahre wurden durch die Erfolge der letzten Wahlen belohnt. Wir können nicht mehr begnügen, für einen zum Leben notwendigen Lohn (living wage) zu kämpfen, einen Lohn, der durch das cherne Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Wir wollen etwas mehr als das. Wir wollen eine höhere Lebenshaltung, die uns gestattet, unsre Kinder zu erziehen und uns befähigt, an den Genüssen der Kunst und Literatur teilzunehmen, um wenigstens die Hälfte der guten Dinge zu genießen, die das Leben verschönen und lebenswert machen.

Es liegen zahlreiche Urteile über den Kongreß vor, die

## Kinder-Elend.

Wenn in Dantes Hölle die Bilder abscheulicher Qualen an uns vorüberziehen, so lindert sich das Entsetzen vor der grauenhaften Phantasie durch das verjöhnende Bewußtsein, daß der Dichter mit strenger Unparteilichkeit einem, wenn auch vergerzten, Ideal der Gerechtigkeit nachgetrebt und den ewigen Jammer verhängt hat über Menschen, die im Leben schwere Schuld auf sich geladen hatten. Wie ganz anders waltet in der modernen Arbeiterhölle die Geißel des Kapitalismus. Auch der ruchloseste Heuchelpfaffe ist noch nicht so grausam gewesen, das der Mehrzahl der Kulturmenschen beschiedene Schicksal der Kapitalistenfron als Strafe für begangene Sünden zu beschönigen. Solcher Frevel kann nicht gewagt werden, weil es Pfaffenaufgabe ist, die moderne Höllequal in ein Glück umzulügen, das Verfriedigung schaffen sollte. Um so vernehmlicher ächzt unter der Fron der Arbeiter, der mit dem, in früheren Tagen unerhörten, Fluch beladen ist, daß nicht allein er selbst für kargen Lohn übermäßig ausgenutzt wird, sondern auch sein Weib, ja selbst seine unmündigen, schwachen Kinder der kapitalistischen Ausbeutung verfallen sind.

Kinder als Opfer der Ausbeutung! Wir begegnen ihnen trotz dem gesetzlichen Verbot, das sie von der Fabrikarbeit befreit, in der Zahl einiger Tausender in deutschen Fabriken. Wir finden sie mit besonderer Härte und ohne die Spur eines gesetzlichen Schutzes in der Landwirtschaft ausgebeutet. Treppauf, treppab eilen sie im Dienste des Zeitungswesens, des Handwerks und der Kaufmannswelt; auch im häuslichen Dienst sind nach der Statistik von 1895 volle 33 501 Kinder tätig. Der Hauptteil ihres Elends ist aber in der Hausindustrie, wo Klöppeljad und Drehbank, Farbenapp und Strickmaschine ihre Unter-

haltung bilden, wo das Gift des Schleifsteins und des Tabaks die zarten Lungen verwüstet, wo die Drehbank des Drechslers den jungen Körper nicht minder zugrunde richtet, wo kurz gesagt die Hölle jener Verdammten ist, die keine andre Schuld auf sich geladen haben, als die der Geburt in Armut und Elend.

Den Jammer moderner Proletarierjugend systematisch dargestellt zu haben, ist das Verdienst des parteigenössigen Schriftstellers Otto Kühle in Leipzig. In seiner bei Vitz u. Co. in München soeben erschienenen Schrift: Kinder-Elend läßt der Verfasser jene unglücklichen Geschöpfe aufmarschieren, die zumeist weit über den vierten Teil schon im ersten Lebensjahre zugrunde gehen, und denen dann, soweit sie nicht von diesem Schicksal errettet worden sind, das Los der Kinderausbeutung in seinen mannigfachen Formen, die schauerliche Schmach der Kinderprostitution, die Gefangenschaft in sogenannten Fürsorgeanstalten, oder den von diesen nicht wesentlich verschiedenen Gefängnissen winkt, und die erbarmungslos zertreten werden, ohne daß jemals ein Sonnenstrahl kindlich reiner Freude ihr Gemüt erwärmt hätte. Keine Jugend gehabt zu haben! Wer kann das Schreckenswort fassen, das uns um die wonnigen Tage harm- und sorgenlosen Glückes bestiehlt, um jene Zeit der ersten Kindheit, deren Erinnerung uns in allen späteren Nöten Kraft gibt zum Aufrechtstehen? Und was doppelt und dreifach empörend ist, wir sehen den erbarmungslosen Diebstahl an Kindheitsglück nicht als unabänderliches Schicksal vor uns, dem sich der Mensch in stummer Ohnmacht beugen muß, sondern als Werk der Gesellschaft. Dieser Diebstahl wird verübt unter einer Gesellschaftsordnung, die kaum hundert Jahre zählt, unter einer Ordnung, deren Beseitigung weltgeschichtliche Notwendigkeit ist, deren Schrecken für die proletarische Jugend gemildert werden können, sobald nur der gute Wille bei den Ausbeutern und den in ihren Diensten schaffenden Gesehobern vorhanden ist.

Rund eine Million Kinder, etwa der achte Teil der Schulfinder Deutschlands überhaupt, muß vom Proletariat dem Moloch Kapital zur Ausbeutung überantwortet werden. Sachsen, das flächigste Land kapitalistischen Vampirtums, steht nach der 1898 vom Reiche unternommenen Erhebung mit 22,8 Prozent aller Schulkinder an der Spitze dieser Ausbeutung; ihm folgen Sachsen-Altenburg mit 19,24 Proz., Schwarzburg-Rudolstadt mit 16,42 Proz., die Stadt Berlin mit 12,83 Proz. und so weiter abwärts bis 0,58 Proz. in Waldeck. Nach der Art der Beschäftigung verteilen sich in den Ergebnissen der Statistik, von der die Landwirtschaft geflissentlich ausgeschlossen war, 57,4 Proz. auf die Industrie, 25,52 Proz. auf Ausrüstungsarbeiten, 6,75 Proz. auf gewöhnliche Laufdienste, 4,06 Proz. auf Gast- und Schankwirtschaften, 3,31 Proz. auf den Handel usw.

Wie schon angedeutet, schloß die herrschende Junkerclique von dieser Statistik die Landwirtschaft absichtlich aus. Teilweise gutgemacht ist dieser vom bösen Gewissen der Junker verschuldete Mangel in einer vom Deutschen Lehrerverein veranstalteten Aufnahme, die ergab, daß in einem Ort in der Provinz Posen von 55 Schülern einer Klasse nur 2 keine landwirtschaftlichen Arbeiten verrichteten; 20 hatten das Elternhaus mit sechs Jahren, 2 mit sieben, 1 mit acht, 2 mit neun und die andern mit zehn Jahren und darüber verlassen und waren seitdem bei fremden Leuten im Dienst. In einer andern Schule waren sämtliche Kinder beschäftigt, in einer dritten 210 von 204, in einer vierten 55 von 56 usw. Nach Agath waren in Mecklenburg von 6514 Kindern in 345 Landschulen mehr als die Hälfte, nämlich 3375, zu landwirtschaftlichen Arbeiten disponiert. Der Lehrer, soweit er ein Herz für das Kinderelend hat, weiß ein Lied von den Folgen dieser Ausbeutung zu singen, die der Reichskanzler Fürst Bülow in sträflicher Oberflächlichkeit „nützlich und empfehlenswert“ nennt. „Schläft oft ein“, „fürchtbar abgetrieben“, „trotz hoher Befähigung oft nicht imstande, dem Unterricht zu

# Rundschau.

den belebenden Einfluß der selbständigen Klassenpolitik bestätigen. Der Liverpooler Korrespondent der Daily News faßte sein Urteil dahin zusammen: „Die Kongreßdelegierten machten den Eindruck von Leuten, die sich nach langem Anien erhoben und eine aufrechte, männliche Haltung einnahmen.“ Der Korrespondent der Daily Chronicle ist überrascht über die plötzliche Ausdehnung des Gesichtskreises der Kongreßdelegierten. Der liberale Arbeiterabgeordnete Cremer, der die ganze Woche in Liverpool zubrachte, erklärte: „Am meisten aufgefallen ist mir, daß dieser Kongreß im Vergleich mit den früheren Kongressen eine größere Intelligenz bei den Delegierten zeigte. . . . Die Ansichten, die sie in der Diskussion politischer und sozialer Fragen offenbarten, sind sehr vorgegriffen. . . . Der Kongreß ist jetzt eine halbpolitische Organisation.“ Cremer war erster Sekretär der alten Internationale (1864 bis 1865) und ist stets in enger Verbindung mit den Trade-Unions geblieben. Genosse D'Grady, einer der wenigen englischen Gewerkschaftsführer und Arbeiterabgeordneten, die Marx gelesen haben, gab folgendes Urteil ab: „Im großen und ganzen muß ich sagen, daß der Kongreß sehr wichtig war, nicht nur wegen der diskutierten Punkte, sondern wegen des Bestrebens, alle Kräfte der Arbeiterklasse zusammenzufassen. Dieser Wille, harmonisch miteinander zu arbeiten, wird es dazu bringen, daß der Liverpooler Kongreß als einer der besten betrachtet werden wird.“ Ben Tillett erklärte: „Der Kongreß war sachlicher als gewöhnlich. Der politische Erfolg dieses Jahres gab ihm ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl, zeigte ihm seine Stärke und seinen Nutzen.“

## Die Streiks in Frankreich im Jahre 1905.

Jr. Nach der vom französischen Arbeitsamt herausgegebenen Statistik fanden im Jahre 1905 insgesamt 830 (1904: 1026) Streiks mit 177 666 (271 097) direkt Beteiligten statt. An Arbeitstagen verloren die Streikenden insgesamt 2 522 030 (3 227 537) Tage. Der Rückgang der Streiks sowohl wie der Streikenden dürfte vor allem in den Vorbereitungen für die Achtstundebewegung zu suchen sein. Die durchschnittliche Dauer der Streiks stieg jedoch gegen 1904 von 11 auf 14 Tage. Die größere Hälfte der Streiks dauerte jedoch nur bis zu einer Woche, und zwar 486. Von diesen dauerten allein 145 bis zu einem Tag. Mit um so größerer Schärfe wurden die übrigen Streiks geführt, was sich auch aus folgenden Zahlen ergibt. Es waren:

erfolgreich . . . . .	184	Streiks mit	22 872	Beteiligten
teilweise erfolgreich	361	"	125 016	"
erfolglos . . . . .	285	"	29 778	"

Prozentual umgerechnet und verglichen mit dem Jahresdurchschnitt der letzten 10 Jahre ergibt sich folgendes Verhältnis:

Streiks	Jahresdurchschnitt 1895-1904	Beteiligte	Jahresdurchschnitt 1895-1904
erfolgreich . . . . .	22,17	12,87	14,29
teilweise erfolgreich	43,50	36,11	60,62
erfolglos . . . . .	34,33	40,24	25,09

Der Rückgang der erfolgreichen sowie der erfolglosen Streiks bezw. Anzahl der Beteiligten, sowie das schon angeführte Anwachsen der Streikdauer zeigt eine Verschärfung der Konflikte, mit dem die wachsende Widerstandskraft der Organisationen der Arbeiter nicht gleichen Schritt hält. Die Schwäche der Gewerkschaften tritt besonders durch folgende Zahlen zutage. Von den 830 Streiks waren nur in 677 Streiks die Arbeiter vollzählig oder teilweise Mitglied einer Organisation, die übrigen 153 Streiks waren vollständig „wilde“ Streiks, was übrigens nach deutschen Begriffen auch auf den größten Teil der andern Streiks zutreffen dürfte. Besonders drastisch wird die organisatorische Schwäche der Gewerkschaften durch die Tatsache beleuchtet, daß nur in 56 Streiks eine regelmäßige Streikunterstützung ausgezahlt wurde. Unternehmerorganisationen bestanden in 337 Fällen und 9 bildeten sich während des Streiks. Außerdem wurden während der Streikdauer 4 Streikbrecher- und 30 Arbeiterorganisationen gebildet.

Die Ursachen der Streiks zeigen gleichfalls die Schwäche der Organisationen. An erster Stelle stehen hier die Streiks um Erhöhung des Lohnes, und zwar 471. An zweiter Stelle die Streiks, denen die Forderung der Entlassung oder Wiedereinstellung von Personen zugrunde lag, und zwar betrifft dies allein 271 Streiks. Erst an dritter Stelle kommen die Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit. Es kommen hier im ganzen 133 Streiks mit 52 918 Beteiligten in Betracht.

folgen“ — so lauten die Urteile der Lehrer über die unglücklichen Kinder, die in Industrie oder Landwirtschaft erwerbstätig sind. Hand in Hand mit der körperlichen, vollzieht sich die geistige Verwahrlosung. Frühreife Gewöhnung an Schnaps- genuss, sittliche Verlotterung, sind die Folgen der Kinderarbeit; von 70 Prozent der in der Strafanstalt Plöthen bei Berlin internierten jugendlichen Gefangenen wurde festgestellt, daß sie in früher Jugend erwerbstätig waren.

Diese trotz des Kinderschutzgesetzes in neuester Zeit nur wenig gemilderten Zustände sind, soweit man das Leben überhaupt als einen Vorzug vor dem Tode betrachten will, jedoch nur einer Auslese der proletarischen Jugend beschieden. Wie schon zu Beginn unserer Betrachtung erwähnt worden ist, stirbt der vierte Teil der in Deutschland zur Welt gekommenen Kinder schon im ersten Lebensjahre, in einzelnen Fabrikstädten schwimmt die Säuglingssterblichkeit in den Sommermonaten zu einer Höhe an, gegen die das Wüten der mittelalterlichen Pest beinahe milde erscheint. In Chemnitz, der Stadt des häufigsten Kindertodes in Deutschland, stieg die Sterblichkeitsrate für Kinder im Alter bis zu sechs Monaten schon auf 78,89 Prozent. Auch hier tritt der Würgeengel nicht als blindwaltendes Schicksal auf, dem der Mensch für alle Zeiten ohnmächtig gegenübersteht; er pakt vielmehr nur die Kinder der Armen, während er an den Türen der Wohlhabenden und Reichen respektvoll vorübergeht. Ellen Key berichtet daß in den aristokratischen Familien von tausend Kindern jährlich etwa 57 sterben müssen, in Berlins armer Bevölkerung hingegen 345. In Graz betrug die Sterblichkeit der Säuglinge in den wohlhabenden Klassen 0 Prozent, im Mittelstande 4,2 Prozent, in den unermittelten Schichten 35,9 Prozent, bei den ganz Armen 59,9 Prozent. Die Hungersnöte, die das Unternehmertum zahlt, reichen nicht aus, um den hungrigen Magen zu sättigen, den Körper zu kräftigen, die verausgabte Energie zu ersetzen. Es herrscht bittere Not und grenzenloses Elend, Laufende nagen buchstäblich am Hungertode und gehen infolge Ueberarbeitung,

Wie die Grenzsperr wirkt. Bekanntlich wurde die Grenzsperr stets damit motiviert, daß bei Öffnung der Grenzen der deutsche Viehbestand verheert würde. Wie die Deutsche Fleischzeitung von zuverlässiger Seite erfährt, ist man von dem Resultate der statistischen Aufstellung über Viehseuchen im Landwirtschaftsministerium sehr unangenehm überrascht. Die Arbeiten, die jetzt abgeschlossen wurden, haben ergeben, daß in diesem Jahre dreimal so viel Viehseuchen vorhanden waren als im Vorjahre, und demgegenüber waren im ganzen Auslande kaum ein Drittel so viel Viehseuchen als im Deutschen Reich festgestellt. Der wahre Zweck der Grenzsperr besteht also nur darin, das Vieh zum Nutzen der Agrarier zu verteuern. Eine Gegenüberstellung der Großviehpreise von Paris und Mannheim beweist, was das deutsche Volk den Agrariern opfern muß. In Paris kosteten am 23. d. M. Ochsen 44—78 Frank (d. i. 35,20 bis 62,40 Mk.) per 50 Kilo Fleischgewicht; in Mannheim dagegen am 27. d. M. 80—90 Mk. per 50 Kilo Fleischgewicht.

Ueber die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten in den parlamentarischen Vertretungen der europäischen Länder teilt eine sozialistische Monatschrift folgende Tabelle mit:

Land	Anzahl der Abgeordneten		Prozentzahl der Sozialisten im Parlament
	überhaupt	Sozialisten	
Dänemark . . . . .	114	24	21,1
Deutschland . . . . .	397	78	20,2
Belgien . . . . .	166	30	18,1
Frankreich . . . . .	584	76	13,0
Holland . . . . .	100	7	7,0
Schweden . . . . .	230	13	5,7
England . . . . .	670	30	4,5
Norwegen . . . . .	117	5	4,3
Italien . . . . .	508	21	4,1
Oesterreich . . . . .	325	11	3,4
Schweiz . . . . .	167	2	1,2
Serbien . . . . .	160	1	0,6

Hierzu bemerkt die „bornehme“ liberale Weser-Zeitung in Bremen. „Nach Dänemark hat also das Deutsche Reich den zweifelhaften Ruhm, an der Spitze der sozialdemokratischen Unkultur zu marschieren.“ Soll man diese Bemerkung auf Unverschämtheit oder auf Unwissenheit zurückführen? Weiß das liberale Blatt nichts mehr von dem glänzenden Urteil des verstorbenen freimüthigen (!) Professors Mommsen über die kulturelle Bedeutung der Sozialdemokratie? Wie schmerzlich muß es übrigens die Weser-Zeitung angefaßt ihres Sozialistenhasses berühren, daß gerade in Bremen, ausgerechnet in Bremen, die größte Zahl sozialdemokratischer Vertreter in deutschen Landesparlamenten vorhanden ist, wie erst jetzt wieder der Bericht unseres Parteivorstandes feststellt.

Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes. Der Lohn und alle sonstigen Vergütungen aus Arbeits- oder Dienstverhältnissen dürfen nicht vor ihrer Fälligkeit beschlagnahmt werden. Die Pfändung ist vielmehr nur zulässig, wenn die Leistung der Arbeiter erfolgt und der Tag der Gehalts- oder Lohnzahlung verstrichen ist, ohne daß der Arbeiter den ihm zukommenden Lohn eingefordert hat. Diese gesetzlichen Bestimmungen können nicht durch Vertrag aufgehoben werden; doch gelten sie nicht für alle Fälle. Sie finden keine Anwendung auf Bezüge aus etwaigen Nebenbeschäftigungen, auch nicht auf den Gehalt und sonstigen Dienstbezüge der öffentlichen Beamten.

Zulässig ist die Beschlagnahme des Lohnes wegen der den Verwandten und dem Ehegatten kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge und wegen der direkten persönlichen Staats- steueren und Kommunalabgaben (die derartigen Abgaben an Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände mit eingeschlossen), sofern diese Steuern und Abgaben nicht länger als seit drei Monaten fällig sind. Wegen der Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder kann der Arbeitslohn beschlagnahmt werden, soweit ihn der Schuldner nicht zu seinem notwendigen Unterhalt und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten und seiner Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht bedarf. Der Teil des Lohnes, der über 1500 Mk. pro Jahr übersteigt, ist auch wegen aller anderen Ansprüche pfändbar.

Wie die Sozialreform die Unternehmer belastet. Sehr interessante Ziffern teilt das Reichs-Arbeitsblatt mit, indem es die Endziffern der Arbeiterversicherung seit Bestehen der Versicherungsgeetze in Tabellen zusammenstellt. Die kapitalistische Presse hat sich beeilt, aus diesen Ziffern die herauszugreifen, die den Anschein erwecken, als werde unendlich viel für die Arbeiter getan. Hierfür eignen sich natürlich die Beitragsziffern vorzüglich. Es wird mitgeteilt, daß seit Bestehen der Versicherung 6 627 559 566 Mk. Beiträge, und zwar von den Unternehmern 2 972 587 418 Mk., von den Arbeitern 2 723 431 182 Mk. und vom Reiche 339 475 377 Mk. aufgebracht sind. Im Jahre

1904 zahlten die Unternehmer 804 708 201 Mk. und die Arbeiter 249 600 298 Mk. Gewiß eine verblüffend hohe Summe. Täglich mehr als eine Million Mark. Wo gibt es Unternehmer, die ähnliches leisten? wird Herr v. Rheinbaben fragen. Und doch schmilzt die verblüffend hohe Summe merkwürdig zusammen, wenn man sie näher betrachtet und die Frage aufwirft: wie viel zahlt ein Unternehmer täglich für einen Arbeiter? Dieses kann man annähernd mit Hilfe der Rechnungsergebnisse der Berufsagenossenschaften feststellen. Bei den gewerblichen Berufsagenossenschaften werden sogenannte Vollarbeiter ausgerechnet. Nämlich je 300 Arbeitstage sind gleich einem Vollarbeiter. Die Zahl der Vollarbeiter ist natürlich kleiner als die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Aber an der Zahl der Vollarbeiter kann man die Zahl der geleisteten Arbeitstage feststellen. In den Betrieben der gewerblichen Berufsagenossenschaften und den Staatsbetrieben waren 1904: 7 496 516 Vollarbeiter beschäftigt, es wurden also 2 248 954 800 Arbeitstage geleistet. Rechnet man für jeden Arbeitstag 10 Pfg., so bringt das schon die Summe von 224 895 480 Mk. Nun waren außerdem 11 189 071 Landarbeiter gegen Unfall versichert. Für diese kommt auch die Invaliditätsversicherung und in den süd- und mitteldeutschen Staaten auch die Krankenversicherung in Frage. Rechnet man, daß jeder Landarbeiter durchschnittlich 200 Tage im Jahre arbeitet und dann für jeden Arbeitstag einen Beitrag von 4 Pfg., dann bringt das eine Summe von 89 512 568 Mk.

Es würde sich also folgende Rechnung ergeben:  
für 2 248 954 800 Arbeitstage gewerblicher Arbeiter à 10 Pfg. . . . . 224 895 480 Mk.  
für 2 237 814 200 Arbeitstage landwirtschaftlicher Arbeiter à 4 Pfg. . . . . 89 512 568 Mk.  
Summa: 314 408 048 Mk.

Also das sind schon 10 Millionen Mark mehr als tatsächlich von den Unternehmern bezahlt sind. Bei Lichte besehen sind also die Leistungen des Unternehmertums für die Arbeiterversicherung ziemlich geringfügig und sie berechnen keineswegs zu dem Gehalt, die soziale Gesetzgebung belaste das Unternehmertum sehr hart. Die in Frage kommenden Summen sind ein Pfifferling für das immer reicher werdende Unternehmertum und Ausbeutertum.

Die ökonomische Bedeutung des Achtstundentages ist neu erprobt und bewährt in der Seifenfabrik der Brüder Leber in Poreß bei Brüssel. Wie die Direktion selbst bekannt gibt, hat die Einführung des Achtstundentages zu Ergebnissen geführt, die allen Anhängern der Theorie, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit meist auch einen Vorteil für die Produktion bedeutet, eine neue Bestätigung ihres Prinzips bringt. Vom 1. April ab wurde zunächst versuchsweise auf vier Wochen der bisherige zehnstündige Arbeitstag auf acht beschränkt worden, und zwar unter Beibehaltung der alten Lohnsätze in dem Sinne, daß den im Stundenlohn stehenden Arbeitern für eine Arbeitswoche von 48 Stunden derselbe Lohn gezahlt wurde wie früher für die Arbeitswoche von 60 Stunden, während die Stückerbeiter im alten Lohnsatz verblieben. Nach der neuen Bestimmung wird unter Beibehaltung der alten Arbeitspausen von früh 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr gearbeitet mit Ausnahme des Sonnabends, wo der Arbeitstag bereits um 1 Uhr schließt. Die Erfahrungen waren derart, daß der Direktor den Versuch um weitere vier Wochen ausdehnte, um schließlich am Ende der Frist, am 1. Juni, den achtstündigen Arbeitstag definitiv einzuführen. Wie die Direktion in einer Kundmachung an die Arbeiter versichert, ist sie mit den gewonnenen Resultaten vollständig zufrieden und hofft es auch in Zukunft zu bleiben. Die Arbeitsleistung ist dieselbe geblieben, was schon daraus erhellt, daß die auf Stücklohn gestellten Arbeiterinnen, die erst eine Einbuße ihres Verdienstes befürchteten, ihren alten Verdienst beibehielten, wenn sie nicht sogar mehr verdienten! Auch die Qualität der Arbeit hat sich nicht geändert. Und noch ein Vorteil hat sich seit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages ergeben: daß sich noch kein einziger Unfall ereignet hat, während beim zehnstündigen einige zu verzeichnen waren.

gt. Die Arbeiterbewegung scheint man jetzt in Bayern nach und nach allgemein unter Polizeiaufsicht stellen zu wollen. In Erlangen sind ca. 300 Buchbinder ausständig. Obwohl es überall friedlich zugeht und noch nicht das geringste vorgekommen ist, entfaltet die Polizei zum Schutze der Streikbrecher eine auffallende Tätigkeit. Zugleich mit den Streikposten ziehen Schulleute vor den Werkstätten auf. Vor den größeren Betrieben erscheinen sie bis zu 12 Mann stark unter Führung eines Beamten. Die politischen Aufgebote erwecken natürlich überall die Aufmerksamkeit. Fast könnte man meinen, es sei beabsichtigt, systematisch Ansammlungen und Aufmärsche zu provozieren, um der Polizei Gelegenheit zum „Vorgehen“ à la Nürnberg zu geben.

## Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der reine Zufall. — Grundsätze oder Pläne? Von Karl Rautsch. — Die politische Entwicklung im Saargebiet. Von Franz Valentin. — Gleiches Recht für alle! Von Alexander Kossol. — Literarisches Rundschau: Dr. Ludwig Egger, Die Lederwarenindustrie in Offenbach a. M. und Umgebung. Von Lea Heiden-Deuschmann. Ernst Viktor Zentler, Soziale Ethik. Von A. Joffe. N. Whiteing „Ring in the New.“ Von mb. — Louis Bertrand, Geschichte der Demokratie und des Sozialismus in Belgien seit 1870. Von Camille Guymans. — Notizen: Die Maschinenbau- und Kleinmetallindustrieberufsgenossenschaft. Von E. G.

Entehrung, Entkräftung und Unterernährung jämmerlich zugrunde. Die wirtschaftliche Notlage treibt die Unglücklichen, deren trübseliges Los in der Regel eine Echar hochläufiger Kinder teilt, in unzureichende Quartiere, licht- und luftlose Baracken, ungesunde Hof-, Keller- und Dachwohnungen, in stinkende Ställe und ekelhafte Löcher, die oft wahre Seuchenherde und Miasmengruben sind. In Chemnitz stellte man fest, daß über 61 000 Personen den Schlafraum mit vier und mehr Personen teilen mußten, ja, es waren die Fälle, wo 7, 8, 9, 10 bis 13 Personen in einem Schlafraum ruhten, verhältnismäßig zahlreich. Und in solchen Pesthöhlen, die womöglich noch als Arbeitsraum benutzt werden, sollen zarte Kinder gedeihen. Solche Wohnungszustände finden sich aller Orten; ist es da ein Wunder, daß die Proletarierkinder, die im Säuglingsalter vom Tode verschont bleiben, in geistiger und körperlicher Verkümmern heranwachsen? Hat doch in Schöneberg unter 1555 vom Schularzt untersuchten Kindern kein einziges als völlig gesund bezeichnet werden können, ist doch auf dem Tuberkulosekongreß in Berlin vom Arzt Dr. Ritter mitgeteilt worden, daß er bei 90 Prozent der von ihm in der Reichshauptstadt untersuchten Kinder Strophulose konstatiert habe.

In einem besonderen Kapitel behandelt Kühle das Schicksal der Kinder von Fabrikarbeiterinnen. Er betrachtet u. a. die Leiden dieser Armen in Fabrikstädten wie Crimmitschau, wo acht christlich in der Kinderbewahranstalt uneheliche Kinder von der Aufnahme ausgeschlossen sind. Die Statistik hat festgestellt, daß 30,9 Prozent aller Arbeiterinnenkinder Crimmitschauer ohne jede Aufsicht und Verpflegung heranwachsen. Es ist unglücklich und doch grausame, entsetzliche Tatsache, Mütter müssen sogar ihre Säuglinge ohne Aufsicht lassen, weil bittere Not sie in die Fabriken treibt, wo sie gegen erbärmlichen Lohn die Möglichkeit einer Sunggereiztheit sich erkaufen, während daheim das junge, hilflose Wesen, dem sie das Leben gegeben, verflümmert und verdirbt. Von den Tags über sich selbst überlassenen Kin-

bern stehen 5,8 Prozent in dem zarten Alter von noch nicht einem Jahre, weitere 5,2 Prozent stehen im Alter von zwei bis drei, 7,6 Prozent im Alter von vier bis sechs, 32 Prozent im Alter von sieben bis zehn Jahren und 64,6 Prozent im Alter von elf bis vierzehn Jahren. Ueberwiegend war der Jubel in der Ordnungspresse, als es im Jahre 1904 dem gemeinsamen Wirken von Staat und Unternehmertum gelungen war, den Kampf der Textilarbeiter und Arbeiterinnen um Verkürzung der Arbeitszeit glänzend zurückzuschlagen.

Wenn unter den hier geschilderten Zuständen die Arbeiterjugend ohne Erziehung aufwächst, dann jammert der Ordnungspolitiker händeringend über deren Verwilderung, und der Staat weilt mit den sittlich verwahrlosten Opfern nichts andres anzugewinnen, als sie der Fürsorgeerziehung zu überantworten, bei der der Mangel an Erziehung von einer verheerenden Erziehung abgelöst wird. Auch dies Elend, sowie das Verhältnis der Kinder zur Strafjustiz wird von Kühle behandelt, ingleichen das für die Gegenwart ebenfalls bezeichnende Kapitel der Kinderelbstmorde.

Es ist ein hohes Verdienst des Verfassers, daß er die furchtbare Anlage, die gegen die kapitalistische Gesellschaft erhoben werden kann, in seinem Buche formuliert hat. Wohl selten ist dem Proletariat im Kampfe um die Befreiung eine Waffe von solcher Wucht dargereicht worden. Daß der Arbeitsflave von heute sie benutzen gelernt, liegt in seinem und seiner Kinder Interesse; mag er selbst das Ende der Wüstenwanderung auch nicht mehr erleben, so hat er doch seinem Nachwuchs das kommende Land der Freiheit zu zeigen, wo unter der Sonne des Sozialismus die Greuel der heutigen Zeit nur noch als walter Traum in der Erinnerung leben und der Jugend ein lachendes, blumengeschmücktes Paradies beschieden ist.